Die Saat ist aufgegangen Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 10 Oktober 1980 14. Jahrgang 1 DM



Kundgebungen gegen Naziterror — fanden in diesen Tagen in vielen Städten Westdeutschlands statt. Zehntausende von Menschen drückten dabei ihren Haß und ihren Abscheu gegenüber diesen gemeinen braunen Massenmördern aus. Immer wieder wurden Regierung und Behörden aufgefordert, endlich einmal Schritte gegen den braunen Terrorismus zu unternehmen, die Mordbanden und die NPD zu verbieten. Währenddessen bleiben die Behörden untätig und die nazistische Terrorkampagne in unserem Land wie auch in den Nachbarländern geht weiter.

Die Wahl ist gelaufen

Wahlniederlage für Strauß

CDU verlor fast jeden zehnten Wähler

BONN.— Das Hauptergebnis dieser Wahl ist klar: Mit einem Verlust von rund 4 Prozent verlor die CDU/CSU fast jeden zehnten ihrer Wähler und verlor 17 Sitze im Bundestag. Der Verlierer dieser Bundestagswahl heißt Franz Josef Strauß. Alle Versuche, noch vor der Wahl das Klima für einen „starken Mann" zu schaffen, schlugen fehl, nützten nichts mehr.

Die breite „Stoppt-Strauß"-Bewegung, die sich seit der offiziellen Kanzlerkandidatur von Strauß vor mehr als einem Jahr entwickelt hat, trug maßgeblich zu dieser Wahlniederlage bei.

Nicht zuletzt das war gemeint, wenn alle CDU-Größen nach der Wahl eine „infame Hetzkampagne" gegen Strauß als wichtigste politische Ursache für die Niederlage nannten.

Was diese Leute Hetzkampagne nennen, war nichts anderes als daß die fortschrittlichen Menschen dieses Landes sich der Aussagen und Drohungen Straußens erinnerten, auch wenn er versuchte, sich nach seinem katastrophalen ersten Auftritt als Kandidat in Essen, gemäßigt zu geben.

Die SPD bekam in ihrem Wahlergebnis zu spüren, daß sie nicht zum Kampf gegen Strauß angetreten war. Ihre Demobilisierung gegen die Anti-Strauß-Bewegung hat sich in keiner Weise ausgezahlt, nährte sie doch erst die Sorgen über ein Zusammenspiel der großen Parteien.

Im Sog der Anti-Strauß-Wahl erstarkte dieses Mal vor allem jene Partei, die die geringste organisierte Basis in der Bevölkerung hat: die FDP. Dagegen nahm auch dieses Mal die Stimmenzahl derjenigen Parteien, die unter der Drohung der Fünfprozentklausel standen, weiter ab, eine Tendenz, die seit 1969 immer stärker wird.

Der Verlierer.

Die Wahlkampfunterstützung der KPD für die Kandidatur der VOLKSFRONT hat sich trotz der relativ niedrigen Stimmenzahl von knapp 10 000 gelohnt. Die Basis für eine weitere Stärkung des antifaschistischen Kampfes ist durch die breite politische Kampagne gelegt, die VOLKSFRONT hat dabei eine große Kraft gezeigt.



Der Abstauber.

Nach den Wahlen kommt das Zahlen...

Hunderttausende von Arbeitsplätzen bedroht!

Nach Auto- jetzt vor allem Stahlindustrie im Krisenstrudel

DORTMUND.— Der 5. Oktober ist vorbei und vorbei ist es auch mit den Versprechungen der Politiker. Geballte Hiobsbotschaften schlagen jetzt über den Belegschaften in vielen Betrieben zusammen. Allein in der bundesdeutschen Stahlindustrie wackeln 40 000 Arbeitsplätze.

Kurz vor dem Wahlsonntag machten die Massenmedien noch Schönwetterstimmung: Der von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Rückgang der zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen im September um 42 000 wurde groß herausgestellt. Verschwiegen wurde dagegen, daß in den vergangenen Jahren die Arbeitslosenzahlen im September jeweils erheblich stärker sanken, und daß gegenüber dem September 1979 die offizielle Arbeitslosenzahl in diesem Jahr um 85 000 gestiegen ist. Heruntergespielt wurde auch der sprunghafte Anstieg der Kurzarbeit von August bis September um fast 95 000 auf 173 000 Beschäftigte.

In vielen Konzernen und Betrieben werden seit dem 5. Oktober fette Katzen aus dem Sack gelassen: noch mehr Kurzarbeit und Entlassungen! So etwa bei Hoesch in Dortmund, wo inzwischen von den Bossen angedeutet wird, daß das neue Oxygenstahlwerk — als Ersatz geplant für die drei Siemens-Martin-Werke, die stillgelegt werden —, nun doch nicht gebaut wird.

Die Stahlindustrie der Bundesrepublik rechnet mit einem Rückgang des inländischen Stahlverbrauchs im nächsten Jahr um mindestens 5 Prozent. Kurzarbeit — bei Hoesch bereits seit Ende August verfahren — wurde jetzt auch bei Thyssen angekündigt.

Massenentlassungen und Kurzarbeit häufen sich aber auch in allen anderen Industriezweigen, vor allem in der Auto-, Werft-, Elektro- und Bekleidungsindustrie. Gleichzeitig stellen die Unternehmerverbände die unerhörte Forderung, die Gewerkschaften müßten sich in der kommenden Lohnrunde mit Tariferhöhungen von zwei bis drei Prozent begnügen!

Diese Woche

Letzte Meldung: Iran lehnt Waffenhilfe aus Moskau ab

Nachdem die Erfolge der irakischen Aggression, die mit sowjetischen Waffen begangen wurde, keine Erfolg hat und die westlichen Hintermänner immer mehr Einfluß im Irak gewinnen, versuchte Moskau im Iran einzudringen. Am Wochenende bot die UdSSR dem Iran ihre Hilfe an. Diese wurde abgelehnt. Der iranische Ministerpräsident betonte in seiner Antwort, erst müsse die UdSSR aufhören an den Irak zu liefern, ihre Truppen aus Afghanistan abziehen und die Bedingungen für gutnachbarliche Beziehungen schaffen, dann könne man überhaupt verhandeln.

Nach drei Wochen Krieg

Irak gesteht Mißerfolge ein

BAGDAD.— Am Wochenende gestand der irakische Generalstab in einem ausführlichen Kommuniqué die Mißerfolge der Aggression gegen den Iran ein.

Der irakische Kriegsminister, General Adnan Kairallah, gab dabei zu, daß die Erfolgsmeldungen über die Einnahme und Eroberung zahlreicher iranischer Gebiete und Städte falsch seien.

Von den laut Propagandameldungen bereits seit langem besetzten Städten Khorramschahr und Abadan gestand er ein, daß die irakische Armee dort lediglich bis in einige Vororte gekommen sei und seit diesem Zeitpunkt der Vormarsch gestoppt wurde.

Der irakische Minister wandte sich vor der Presse auch gegen ein direktes Eingreifen der USA. Diese haben unterdessen ihre Präsenz in der Golfregion weiter verstärkt und auch erste Flüge der dort stationierten AWACS-Spionageflugzeuge unternommen.

Zahlreiche amerikanische Delegationen (siehe auch Artikel auf Seite 10) bereisen inzwischen die gesamte Region des Nahen Ostens und nehmen in einer ganzen Reihe von Staaten Verhandlungen über weitere US-Militärstützpunkte auf. Auch in Israel, dem bereits jetzt von der irakischen Regierung Einmischung in den Krieg vorgeworfen wird, sollen neue Truppen aus USA stationiert werden.

Der erfolgreiche Widerstand der iranischen Armee hat die verschiedenen imperialistischen Überlegungen durchkreuzt.

Zahlreiche Demonstrationen gegen Neonazis

Eine Welle faschistischer Anschläge

DORTMUND/MÜNCHEN.— In einer Vielzahl von Städten kam es nach dem neonazistischen Massaker von München zu antifaschistischen Demonstrationen. Gleichzeitig überzogen die faschistischen Banden das ganze Land mit einer Welle neuer Anschläge, die teilweise Schwerverletzte forderte.

Seit dem Münchener Blutbad reißt die Kette der neonazistischen Terroranschläge nicht mehr ab. Fast hätte sie bereits neue Todesopfer gefordert: In Recklinghausen stachen Neonazis zwei Jugendliche nieder und verletzten sie lebensgefährlich. Brandanschläge auf verschiedene Einrichtungen und Wohnungen werden fast täglich gemeldet.

Ein Wohnhaus im Münsterland, in dem Asylbewerber untergebracht werden sollten, wurde durch eine Brandanschlag völlig zerstört. In Frankfurt wurde ein Brandanschlag auf ein SPD-Informationsbüro verübt.

Eine derartige Welle faschistischer Gewalttaten hat es in Deutschland seit der Zeit des Hitler-Faschismus nicht mehr gegeben!

Die antifaschistischen Demonstranten, in Bremen waren es rund 4 000, in München 3 000, in Wuppertal 3 500, forderten das Verbot aller faschistischen Organisationen. Diese Forderung stand auch im Mittelpunkt einer Demonstration in der Dortmunder Innenstadt, die auf Initiative der VOLKSFRONT zustandekam.

Die NPD wollte dort genau eine Woche nach dem Münchner Blutbad eine Kundgebung abhalten. Sie wagte es dann aber doch nicht. 250 Antifaschisten zogen durch die Dortmunder City. Sie verlangten u.a. die sofortige Verhaftung aller Mitglieder der Hoffmann-Bande.



Rund 250 Demonstranten zogen durch die Dortmunder City und protestierten gegen die Verharmlosung des Neonazismus durch den Bonner Staat. Sie forderten das Verbot aller faschistischen Organisationen einschließlich der NPD und die sofortige Verhaftung aller Mitglieder der Hoffmann-Bande.

Kommentar

Der 5. Oktober, der Wahltag, ist vorbei, der Wahlkampf zuende. Wochen und Monate intensiver Anstrengungen liegen hinter unserer Partei, hinter unseren Genossen, die die Wahlbeteiligung der VOLKSFRONT mit allen Kräften unterstützt haben. In dieser Wahlkampagne haben alle Mitglieder der VOLKSFRONT einen beispielhaften Einsatz gezeigt. Ein Engagement, das so groß war, daß die Bonner Parteien darüber ins Staunen kamen, daß sie zur Verleumdung greifen mußten. Dieser Einsatz hat sich nicht in der abgegebenen Stimmenzahl für die VOLKSFRONT niedergeschlagen, das ist eine Tatsache.

Bilanz des VOLKSFRONT-Wahlkampfes

Hauptgrund: Diese Wahl war eine Anti-Strauß-Wahl. Analysiert man das Ergebnis der VOLKSFRONT genauer, kommt man zu dem für eine kleine Partei überraschenden Ergebnis, daß die Zahl der Erststimmen, dort wo Direktkandidaten aufgestellt wurden, wesentlich über den Zweitstimmen lag. Viele, die mit den politischen Aussagen der VOLKSFRONT einverstanden sind, haben trotzdem nicht oder nur mit der Erststimme VOLKSFRONT gewählt, die zweite der SPD oder der FDP gegeben. Um Strauß zu verhindern. Was ja auch eindeutig erreicht wurde.

Sicherlich hat sich die undemokratische Fünfprozentklausel ausgewirkt. Mit Sicherheit haben auch die massiven Wahlbehinderungen gegen die VOLKSFRONT dazu beigetragen, Menschen von der Wahl der VOLKSFRONT abzubringen. Entscheidend aber war die politische Ausgangslage, eben: gegen Strauß. Alle Parteien, die nicht im Bundestag sind, haben gegenüber der letzten Wahl verloren, zum Teil massiv. Auch die Grünen, wo der direkte Vergleich nicht möglich ist, gehören zu den großen Verlierern dieser Wahl.

Aber der Wahlkampf der VOLKSFRONT, die Wahlbeteiligung dieser demokratischen Massenorganisation hat sich gelohnt, der Einsatz der Wahlhelfer war nicht umsonst.

Bereits jetzt, am Ende des Wahlkampfes, kann man durchaus eine positive Bilanz ziehen. Die Organisation VOLKSFRONT sollte bekanntgemacht werden — was ohne jeden Zweifel gelungen ist.

Die, wenn auch eingeschränkten, Werbemöglichkeiten in Presse, Rundfunk und Fernsehen haben dazu beigetragen. Am meisten dazu beigetragen aber haben die Wahlschilder der VOLKSFRONT, die dem Wahlkampf einen dicken blauen Tupfer gaben und die Kampagne zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften.

Aus diesen Aktionen hat die VOLKSFRONT bereits im Verlauf der Wahlkampagne bundesweit mehrere hundert neue Mitglieder gewonnen, und hier ist noch ein bedeutsames Potential an antifaschistischen und demokratischen Menschen, die ihren Platz in der VOLKSFRONT haben. Hier wird man eine große Organisationsarbeit leisten müssen, um zu ernten was gesät ist.

Auch das zweite Ziel der VOLKSFRONT-Wahlkampagne die Gewinnung neuer Mitglieder wurde auf diese Weise bereits erreicht und wird sich noch verbessern.

Und: Mit mehr Mitgliedern und einem wesentlich größeren Bekanntheitsgrad hat die VOLKSFRONT auch weitaus größere Möglichkeiten in den kommenden Kämpfen und Aktionen für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden. Auch mit der Organisierung der künftigen Aktionen wird man hier die Saat der Wahlkampagne ernten können.

Nicht erreicht wurde, aus den genannten Gründen, das dritte Wahlziel, nämlich, daß sich dieser massive Einsatz auch in Stimmen niederschlagen sollte. Was aber blieb ist eben dieser Einsatz, diese Kraft einer Organisation, die auf dem Boden der westdeutschen Politik aufgetreten ist, und die Dank dieser Kraft auch dort bleiben wird.

Helmut Weiss



Demonstration gegen den faschistischen Anschlag in München.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Das Wahlergebnis zeigt es eindeutig

Eine Wahl gegen Strauß

Der SPD wurde ein Dämpfer versetzt

BONN.— Strahlende Gesichter sah man am Sonntagabend nur bei der FDP, die ihren Stimmanteil bei dieser Wahl um ein gutes Viertel erhöhen konnte. Schlecht war die Stimmung natürlich beim großen Verlierer der Wahl, der CDU/CSU. Schlecht aber auch bei der SPD, die die erhofften Erfolge nicht errang.

Die Kulissenkämpfe der CDU/CSU begannen bereits, wenn auch noch sehr verdeckt am Wahlabend, mit den Stellungnahmen verschiedener Multifunktionäre der Oppositionsparteien. Der Verlust von fast 10 Prozent der Wähler der letzten Wahl, der Verlust von 17 Mandaten für den Bundestag war eine eindeutige Niederlage. Der Rückstand gegenüber den beiden Regierungsparteien wuchs von 10 auf 45 Abgeordnete. Die Reaktionen auf dieses Ergebnis waren eindeutig. Während der CDU-Vorsitzende Kohl hervorhob, daß jeder Kanzlerkandidat nur für eine Wahl aufgestellt werde, schlug die Fraktion der Rechtsextremen harte Töne an. Strauß, Dregger und Stoiber mußten zwar die Wahlniederlage anerkennen, und ihre seltsamen Erklärungen über ein Klassenwahlrecht gegen die CDU waren um einiges zu plump um zu wirken. Die „infame Hetzkampagne" gegen Strauß sei schuld an dieser Niederlage war ihre Erklärung. Nun bezeichnen sie es seit langem als infame Hetze, wenn man Strauß seine eigenen Aussagen vorhält. Aber der weitere Kurs dieser Vertreter der westdeutschen Rechtspartei ist klar: Für die Zukunft wollen sie solche „Hetzkampagnen" unterbinden. Mit welchen Mitteln kann man sich ausrechnen, wenn man die zahllosen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Strauß-Gegner seit seiner Kandidatur einmal zusammenzählt. Dregger betonte zusätzlich noch, man müsse in der Arbeiterschaft vorstoßen. Was nichts anderes heißt, als daß man in Zukunft bei den Rechten die soziale Demagogie verstärken will.

Die extremsten Reaktionäre haben bei dieser Wahl eine Niederlage erlitten. „Jetzt hat der Strauß es schriftlich" gab ein Vertrauensmann von Kohl der Presse zu verstehen.

Aber man muß klar sehen, daß andererseits ein großes Potential für Strauß zutage getreten ist. Die Propaganda der Kirche für Strauß und die Formierung des Parteiapparats, alles dies hat dazu beigetragen, das eigene Lager zu mobilisieren und die verlogene Propaganda breit zu streuen. Die Signalwirkung, die die äußerste Reaktion in unserem Lande von der Strauß-Kandidatur erwartet hat, ist durchaus nicht völlig ausgeblieben. Im Gegenteil. Im Laufe des Wahlkampfes haben sie zunehmend innerhalb der CDU faschistische Tendenzen verstärkt. Und diese Leute wollen nun in der Partei ihren Einfluß festigen und ausbauen.

Was die SPD betrifft, so sind ihre leichten Gewinne beileibe nicht das, was man sich erwartet hat. Nicht zuletzt ein Ergebnis der Tatsache, daß die SPD es bewußt versäumt hat, die Bewegung gegen Strauß in vollem Umfang zu mobilisieren. Die Furcht vor Geistern, die dabei gerufen wurden, die eigene Verpflichtung als Regierungspartei der Monopole erlaubten ihr dies nicht. Das gab auch Egon Bahr zu, der im Fernsehen sagte, die meisten der zahllosen Anrufer in der Parteizentrale hätten gefragt, warum die SPD nicht stärker gegen Strauß vorgehe. In ihren Arbeiterhochburgen, im Revier, wo sie noch im Frühjahr gegenüber der CDU den großen Sieg im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf errungen hatte, verlor sie nicht nur gegenüber der Landtagswahl, sondern auch im Vergleich zur 76er Bundestagswahl an Stimmen. In Dortmund 13 000, in Gelsenkirchen rund 10 000 — als Beispiele. Verluste in Hochburgen, nahezu Stagnation im Gesamtergebnis, trotz Strauß und trotz relativ vieler Zweitstimmen von Wählern kleinerer Parteien, das zeugt vom wachsenden, noch einigermaßen unklaren aber vorhandenen Unbehagen an der Politik auch Schmidts.

Dem entsprechen auch die Erfolge der FDP. Sie hatte mit Lambsdorff einen Kandidaten für stramme CDU-Wähler, die gegen Strauß sind. Und sie hatte mit Baum einen Mann, dem es gelungen war, sich in letzter Zeit liberal zu profilieren, was der FDP Stimmen auch aus dem Bereich linker Wähler gebracht hat. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den großen Parteien, zusammen mit der Fünfprozentklausel, haben mit Sicherheit der FDP ebenfalls Stimmen gebracht.

Verlierer der Wahl waren auch die Grünen, deren rückläufige Tendenz nach dem Dortmunder Wahlparteitag sich weiter fortgesetzt hat. Die faktische Spaltung der Partei in zwei Flügel haben die Inkonsequenz der ökologischen Linie deutlich gezeigt.

Entscheidend verloren hat auch die DKP, die nur noch rund 72 000 Stimmen erhielt. Sicherlich verlor sie auch diesmal viele Stimmen an Grüne und die SPD. Das waren noch ganze 26 000 Wähler mehr als Mitglieder. Die DKP geriet also voll in den Sog der Anti-Strauß-Wahl. So wie auch die VOLKSFRONT, deren 9344 Stimmen nicht den Einsatz der Wahlaktivisten widerspiegeln. Deren von der KPD unterstützte Kandidatur aber ein Signal gesetzt hat, und den Boden für den demokratischen Kampf verbessert.

Städtischer Bediensteter in Ludwigshafen als Wahlhelfer

Illegale polizeiliche Ermittlungen — Berufsverbot

LUDWIGSHAFEN.— Als der Chemielaborant Georg Herrmann am 1. Oktober seine Stelle bei der Abwasseranalyse der Stadt Ludwigshafen antreten wollte, erlebte er eine böse Überraschung: Der Personalchef der Stadt kündigte seinen Arbeitsvertrag. Ein Skandal!

Die Vorgeschichte dazu ist mindestens genauso ungeheuerlich wie das ausgesprochene Berufsverbot selbst. Georg Herrman stellte als Wahlhelfer der VOLKSFRONT vor einiger Zeit in Landstuhl bei Kaiserslautern Wahlschilder der VOLKSFRONT auf. Vor der Polizeiwache in Landstuhl wurden er und sein Begleiter erkennungsdienstlich behandelt, da sie verbotene Plakate aufstellen würden. Es handelte sich hierbei um bereits stehende Stellschilder mit dem Plakat „Nie wieder Faschismus". Da er sich keinerlei Vergehen bewußt war, gab er zu, bereits am 1. September diese Schilder aufgestellt zu haben. Als Antwort darauf wurde ein Beschluß des Amtsgerichts Zweibrücken verlesen, der einen Verbotsantrag gegen dieses Plakat beinhaltete. Dieser Beschluß aber war datiert vom 5. September, also vier Tage nach dem Aufstellen. Obwohl er es nicht ahnen konnte, daß später einmal ein Verbot ausgesprochen werden würde — das gestand auch der vernehmende Polizeibeamte immerhin noch ein! — gelte der Amtsgerichtsbeschluß trotzdem. Die Sache wurde nach Frankenthal weitergeleitet, der für Herrmans Wohnsitz zuständigen Polizeidienststelle.

Diese berichtete der Stadt Ludwigshafen, es läge ein Verfahren wegen „wildem Plakatieren" vor. Die Stadt startete — offiziell daraufhin eine Anfrage beim Verfassungsschutz. Der Personalchef betonte, diese Anfrage hätte ergeben, daß sich Georg Herrman aktiv für die Ziele der KPD und der Roten Garde einsetze. Deshalb müsse der Arbeitsvertrag sofort wieder gekündigt werden, Bezahlung bis Monatsende. Und dies obwohl Georg Herrman nach Aussage des Personalchefs der fachlich qualifizierteste Bewerber um diese Stelle war.

Dies ist nicht nur ein ganz krasser Fall von Berufsverbot wegen politischer Überzeugung, sondern auch ein Fall, der zeigt, wie weit Polizeiwillkür heute bereits wieder geht. Eine erkennungsdienstliche Behandlung, eine Ermittlung ohne gesetzliche Grundlage und dann — Berufsverbot!



Georg Herrman bei einer Demonstration gegen Neonazis in Weinheim.

Spendet für die Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

H.F., Kiel	DM 100,-
Zelle II. Bremen-Gröpelingen	400,-
J.E., Bochum	60,-
H.W., Münster	20,-
W.K., Bremen	500,-
A.D., D.-Evren	20,-
Spende über Verlag Roter Morgen	40,-
Zelle Blumenthal, Recklinghausen	800,-
W.St., Münster	200,-
G.B., Nordenham	100,-
insgesamt	DM 2240,-

Stand der Spendenkampagne am 6. 10. DM 86 976,77

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe Genossen,
die Beschlagnahmeaktionen und die anderen Schikanen gegen die Wahlbeteiligung der VOLKSFRONT haben ein verhältnismäßig großes Loch in die Wahlkampfkasse der VOLKSFRONT gerissen.

Deshalb rufen wir heute noch einmal alle Freunde und Genossen unserer Partei auf: Tun wir unser Teil dazu, daß das Spendenziel der VOLKSFRONT:

400.000,— DM bis zum 12.10.80

erfüllt wird. Das Geld wird dringend benötigt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Provokateure

Man muß schon gute Nerven haben, um sich nicht provozieren zu lassen, wenn man als VOLKSFRONT-Wahlhelfer feststellt, daß die Plakate, die man am Abend auf die Stellschilder der VOLKSFRONT geklebt hat, des nachts von der DKP mit ihren eigenen Plakaten überklebt werden, wie in Wetter an der Ruhr geschehen. Man muß schon ein hohes Maß an Bewußtsein haben, um in den DKP-Mitgliedern, die — genau wie die Gangs der NPD und Jungen Union — zu mitternächtlicher Stunde — wie in Bottrop — Stellschilder der VOLKSFRONT zerstören, noch die Klassenbrüder zu sehen.

Und doch müssen wir es. Sie sind Klassenbrüder. Verwirrte. Doch Klassenbrüder. Wer hat sie verwirrt? Ihre Führer, zum Beispiel ihre Zeitung „Unsere Zeit" (UZ). Die UZ, die sich nicht entblödete, wie der Herr Bahr die Verleumdung, die absurde Lüge zu verbreiten, die VOLKSFRONT würde „aus dunklen Kassen von CDU und CSU finanziert". Klar, daß dann DKP-Mitglieder die Stellschilder zerschlagen. Nicht die der CDU/CSU, sondern die der VOLKSFRONT.

Die Methode ist bekannt. Die bürgerliche Methode der Verleumdung und Diffamierung. Die Parteien der Bourgeoisie wenden sie zum Beispiel im Wahlkampf an, im Kampf um den besten Platz an den Krippen des Kapitals. Die althergebrachten und modernen Revisionisten wenden diese Methode im Kampf gegen ihre politischen Gegner, besonders die Marxisten-Leninisten an. Wieviele ehrliche Kommunisten mußten schon erfahren von ihren revisionistischen Führern als bestochene Agenten der Bourgeoisie, als Achtgroschenjungen des Verfassungsschutzes verleumdet zu werden — nur weil sie eine sachliche Kritik an der Politik ihrer Partei geübt hatten. Dort wo die Argumente fehlen, setzt die Verleumdung ein. Unsere Partei kann ein Lied davon singen. Auf die uns von den modernen Revisionisten angedichteten Millionen aus China warten wir noch heute.

Wie sollen wir darauf antworten? Indem wir sagen: Selber Agent der Bourgoisie, bezahlt und ausgehalten von Moskau und Ostberlin? Was bringt das? Nichts. Höchstens, daß man sagen könnte: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Nein, entscheidend für uns ist die Politik, die jemand treibt. Dient sie den Interessen der Arbeiterklasse, dem Ziel ihrer Befreiung vom Joch des Kapitalismus, oder ist sie ihr entgegengesetzt. Konkret: dient sie der Einheit der Arbeiterklasse, der werktätigen Schichten unseres Volkes — im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg —, einer Einheit, die Voraussetzung ist für den Sieg in der sozialistischen Revolution.

Dem nun dienen diese Provokationen, diese Verleumdungen der DKP-Führer sicherlich nicht. Zu den kaputten Stellschildern: Sicher, die betroffenen Genossen sind wütend. Doch es hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse schon ganz andere Provokationen gegeben. Denken wir nur an den berüchtigten SPD-Polizeipräsidenten von Berlin, Zörgiebel, der am 1. Mai 1929 eine Demonstration unbewaffneter Werktätiger, kommunistischer Arbeiter zusammenschießen ließ.

„Volksfront"

Zusammenarbeit mit CDU/CSU

Düsseldorf. UZ — Eine unter der Bezeichnung „Volksfront" zur Bundestagswahl antretende Gruppierung hat zugegeben, mit der CDU/CSU zusammenzuarbeiten. In einer Erklärung an Zeitungsredaktionen heißt es beschönigend, daß allein die Tatsache, daß „in der Wohnung des CDU-Mitglieds Grau 2000 Plakate der ‚Volksfront' und übrigens auch das entsprechende Druckklischee gefunden worden" sei, nicht den Schluß zulasse, man sei „keine eigenständige Partei". Die Gruppierung verwahrt sich sinnigerweise vor dem Vorwurf, „eine Erfindung der CDU zu sein". Die „Volksfront" hatte in einem groß angelegten Werbefeldzug in fast allen Städten der Bundesrepublik Plakate angebracht, die dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU Munition für seinen Wahlkampf lieferte. Die Kosten für die Aktion, die teilweise mit Hilfe von kommerziellen Unternehmen ausgeführt wurden, überstiegen die Millionengrenze.

So hetzt die UZ der DKP. Mit solch bewußten Lügen sollen ihre Leser aufgestachelt werden, sich nach CDU-Manier zu verhalten.

Wie groß muß damals der berechtigte Zorn, die Wut der Genossen gewesen sein. Und nicht wenige Genossen übertrugen diesen Zorn auf die kleinen SPD-Funktionäre in Betrieb und Gewerkschaft, auf die SPD-Genossen an der Basis. Es entstand die Theorie der „kleinen Zörgiebels", gegen die sich Ernst Thälmann entschieden wandte. Denn es gab eben nicht nur einen Zörgiebel, es gab auch einen Rudolf Breitscheid, der wie Ernst Thälmann 1944 im KZ Buchenwald ermordet wurde. Und es gibt nicht nur die Schilderzerstörer von Bottrop, es gibt auch den örtlichen DKP-Funktionär, der mit dem dortigen VOLKSFRONT-Kandidaten ein stillschweigendes Abkommen zum gemeinsamen Schutz der aufgestellten Wahlschilder bei der Organisation gegen die Zerstörung durch faschistische Provokateure traf.

Es liegt uns fern, die DKP, ihre Führer, den Genossen Mies und andere, mit Typen wie Zörgiebel oder Noske zu vergleichen. Sie sind keine Regierungspartei und stellen keine Polizeipräsidenten. Doch dient ihre Haltung der VOLKSFRONT und auch unserer Partei gegenüber, dienen ihre schmutzigen Lügen und Verleumdungen, nicht der Herstellung der Einheit, sondern der Spaltung der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten unseres Volkes. Das aber nutzt dem Klassengegner, der Bourgoisie, die ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Spaltung hat, garantiert sie ihr doch ein Fortbestehen ihrer Ausbeuterherrschaft.

Nun, das ist ihre Haltung, mögen sie diese gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber den Mitgliedern ihrer eigenen Partei verantworten. Wir werden uns — auch wenn sie versuchen wie die Bourgeoisie, wie die „Bild"-Zeitung uns mit Chaoten, Spontis, Provos und Anarchisten in einen Topf zu werfen — nicht provozieren lassen. Ihr Märchen von der CDU/CSU finanzierten VOLKSFRONT glaubt ihnen, außer einigen geistig unterbelichteten Leuten sowieso kein Mensch. Wahrscheinlich nicht einmal sie selbst. Wir werden — trotz aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die wir niemals verschweigen, die wir offen propagieren werden — jeden von der Bourgeoisie verfolgten DKP-Lehrer, jeden wegen seines Eintretens für die Interessen der Kollegen gemaßregelten DKP-Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär solidarisch verteidigen.

Im gegensatz zur DKP-Betriebsgruppe bei Hoesch, die sich anläßlich der fristlosen Entlassung der RGO-Betriebsräte, Norbert Bömer und Hartmut Siemon, in ein, zwei Sätzen eingeschränkter Solidarität aber in seitenlanger Polemik gegen die RGO erging, wird im umgekehrten Falle unsere Solidarität voll und uneingeschränkt sein. Das gleiche gilt natürlich auch gegenüber Betriebsräten der SPD, nur daß diese kaum, wie wir, aus politischen Gründen entlassen werden. Was unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Reformisten, den alten und modernen Revisionisten betrifft, so wird — dessen sind wir absolut sicher — die Praxis des Klassenkampfes der Arbeiterklasse zeigen, wer recht und wer unrecht hat.

Ernst Aust

Zwei Schwerverletzte!

Nazi-Messerstecher in Recklinghausen

RECKLINGHAUSEN.— Einer winzigen Notiz der regionalen Presse war es zu entnehmen: Nazis haben letzte Woche in Recklinghausen zwei junge Männer niedergestochen.

Anläßlich eines Jugendfestes hatten sich offensichtlich auch Nazi-Hetzer unter die Teilnehmer gemischt, um ihre menschenfeindliche Hetzkampagne gegen Ausländer zu betreiben. Zwei junge Männer, die sich zu Recht von dieser Hetze provoziert fühlten, ließen sich auf eine Debatte mit den Nazis ein. Da wurden plötzlich Messer gezogen und die beiden niedergestochen, beide sind schwer verletzt. Die Täter, so schließt die kleine Pressenotiz, entkamen unerkannt.

Ansonsten keine weiteren Presseberichte. Und schon gar keine Meldungen über irgendwelche Aktivitäten der Polizei oder gar über eine Fahndung, Großfahndung oder sonstiges...

Zur selben Zeit wird in einem offiziellen Bericht für die Landesregierung festgestellt, daß sich die Aktivitäten der Neonazis in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen vervielfacht haben. Was die SPD-Regierung zu unternehmen gedenkt wurde allerdings nicht gesagt.



NPD-Demonstration unter Polizeischutz. Auch hier ist jahrelange Zusammenarbeit eine Tradition.

Beim Prozeß gegen die Braunschweiger Otte-Gruppe

Verfassungsschutzagent als Bombenleger

Leipzien seit 1968 in der NPD tätig

BRAUNSCHWEIG.— Der Beginn des auf 40 Verhandlungstage angesetzten Prozesses gegen die neonazistische „Braunschweiger Gruppe", die von Paul Otto organisiert wurde, war turbulent. Bereits am ersten Tag wurde die Öffentlichkeit aus dem Prozeß vorübergehend ausgeschlossen. Der Grund: Aktivitäten des niedersächsischen Verfassungsschutzes wurden behandelt!

Die Braunschweiger Gruppe Ottes gibt ihre Ziele offen bekannt. Es sind die Ziele der Neonazis, die aber hier in aller blutigen Offenheit vorgetragen werden. Mit Mordtaten Unruhe schüren, um den Ruf nach mehr Härte zu erzeugen, so kurz und plump definiert diese terroristische Bande ihre Ziele.

Zweimal legte sie bereits Bomben. Im September 1977 bei der Staatsanwaltschaft in Flensburg und im Oktober 1977 bei dem Hannoveraner Amtsgericht. Während eine weitere Bombe bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde, steht mit Sicherheit fest, daß mindestens noch eine, möglicherweise aber auch mehrere Bomben sich im Umkreis der Gruppe befinden.

Von den sechs Bombenlegern stehen jetzt fünf vor Gericht. Der 56jährige Maschinenschlosser Paul Otte, der Chef der Gruppe, war seit 1945 in allen faschistischen Gruppierungen zu Hause, die es gab. Mitglied der verbotenen Sozialistischen Reichspartei, der Deutschen Reichspartei und der NPD. Für die NPD betätigte er sich lange Zeit als Schatzmeister in Braunschweig und als Wahlkandidat für den Stadtrat. Die weiteren vier Angeklagten: der 22jährige Handelskaufmann Volker Heidel aus Celle, der 22jährige Lehrling Oliver Schreiber aus Hannover, der 37jährige Maschineneinrichter Wolfgang Sachse aus Sachsen und der ebenfalls 37 Jahre alte Kraftfahrer Hans-Dieter Leipzien aus Peine. Ein Verfahren wurde abgetrennt.

Interessant ist dabei vor allem die Person des Angeklagten Leipzien.

Bei der ersten Vernehmung vor Gericht sagte er aus, er habe Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt. Daraufhin schloß der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht, Moschüring, die Öffentlichkeit vom Prozeß aus, da ansonsten die Staatssicherheit gefährdet sei. Wurde dieser Vorgang in der Presse zuerst gar nicht oder nur in einem halbironischen Ton behandelt, so hat inzwischen das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz bestätigt, daß Leipzien Agent des Geheimdienstes bei den Naziterroristen gewesen ist!

Tatsache aber ist, und das war von Beginn an so, daß neben der offiziellen Prozeßakte eine zweite, geheime Prozeßakte vorliegt, in der die Arbeit des Verfassungsschutzes dargestellt wird. Außerdem ist es bekannt, daß der Verfassungsschutzagent Leipzien es war, der mit Otte zusammen nach Zürich reiste und dort das Pulver für die Bomben einkaufte! Der Verfassungsschutzagent war also der Waffenbeschaffer der nazistischen Terrorgruppe! Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff betonte in einer ersten Stellungnahme, die Rolle Leipziens sei ein Beweis dafür, daß in Niedersachsen der rechte Extremismus genauso ernst genommen werde, wie der linke. Das beweise ja Leipziens langjährige Arbeit.

Nun beweist die „Arbeit" Leipziens tatsächlich allerhand, nur nicht das, was Möcklinghoff verkaufen möchte. Der Agent Leipzien wurde zwar von der Anklage, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, ausgenommen, entsprechend den illegalen Kronzeugenregelungen der heutigen Geheimdienstpraxis. Aber er steht unter Anklage der Beihilfe zu Sprengstoffverbrechen und der Verstöße gegen das Waffengesetz. Nun ist die Anklage der Beihilfe schon eine eindeutige Beschönigung für jenen Mann, der die Bomben erst möglich machte. Und Tatsache ist auch, daß Leipzien auch am Erwerb von Schußwaffen für die Gruppe beteiligt war. Aber: Leipzien war im März und im Mai 1979 in Untersuchungshaft genommen worden und es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen, der dann aber am 11. Juni 1979 aufgehoben und Leipzien freigelassen wurde. Zu dieser Zeit waren die Verbrechen bereits bekannt. So wird die Aussage der Verfassungsschützer, Leipziens Bombenlegerei sei dem Geheimdienst unbekannt gewesen vollends zur Farce. Ohnehin mußte sich ja jeder fragen, welche angeblich wertvollen Erkenntnisse Leipzien dem Verfassungsschutz wohl geliefert haben könnte, wenn über die ganze Bombenlegerei nichts bekannt gewesen sein sollte. Aber man ist ja nicht auf Vermutungen oder logische Überlegungen angewiesen. Der Mann war in Untersuchungshaft, die Bombenlegerei war bekannt und er wurde wieder freigelassen. Das sind die Fakten, die bekannt sind. Und das legt einen ganz anderen Schluß nahe, als Möcklinghoffs Behauptungen. Nämlich den, daß der Verfassungsschutz aufs engste mit den nazistischen Terrorgruppen zusammenarbeitet, daß sich einzelne seiner Mitglieder an der Waffenbeschaffung für Terroristen ungestraft beteiligen. Punkt.

Wenn man weiter weiß, daß Leipzien, wie auch Otte seit dem Jahre 1968 Mitglieder der NPD waren, kann man auch den Schluß ziehen, daß hier eine langjährige gemeinsame faschistische Aktivität vorliegt, an der der Geheimdienst beteiligt war. Was gerade in Niedersachsen nicht überrascht.

Zum einen ist Niedersachsen bekanntermaßen nach Bayern eine zweite Hochburg der Neonazis. Zum anderen ist der niedersächsische Verfassungsschutz bekannt als eine besonders aktive Abteilung beim stricken des Geheimdienstnetzes über dieser Republik. Die erst kürzlich bekannt gewordene Überwachung wichtiger Betriebe (der „Rote Morgen" berichtete darüber) ganz nach Nazi-Muster ist davon nur ein weiterer Beweis.

Daß Leipzien jetzt nicht unter volle Anklage gestellt wird soll dazu nützen, für diese Zusammenarbeit zwischen Agenten und Terroristen weiter den Boden bereitzuhalten. Die Sicherheit des Staates ist durch die Öffentlichkeit bestimmt nicht gefährdet. Wohl aber die Sicherheit der Staatsbürger durch die Aktivitäten des Verfassungsschutzes, die vom Oberlandesgericht gedeckt werden!

Bilanz des Gewerkschaftstages der IG Metall

Kein oppositionelles Signal gegen Loderers Kurs

Gerade auch in der IG Metall haben sich die Widersprüche zwischen Basis und Führung und den vorherrschenden reformistisch-reaktionären Positionen der Sozialpartnerschaftskumpanei sei dem letzten Gewerkschaftstag im Jahr 1977 stark zugespitzt. Besonders klar trat diese Tendenz beim Stahlarbeiterstreik zutage. Aber auf dem kürzlich zu Ende gegangenen 13. ordentlichen Gewerkschaftstag wurden diese Widersprüche nicht ausgefochten, sondern verkleistert, mit dem Ergebnis, daß die innergewerkschaftliche Reaktion nicht etwa zurückgedrängt oder geschwächt wurde, sondern ihre Stellungen voll behaupten konnte.

Eine erste Bilanz des Gewerkschaftstages hat der „Rote Morgen“ bereits in seiner letzten Ausgabe gezogen. Sie war nicht positiv: „Trotz einiger scharfer Attacken, die Loderer und Konsorten von linken Kritikern einstecken mußten, bestätigte dieser Gewerkschaftstag im wesentlichen den arbeiterfeindlichen Sozialpartnerschaftskurs und die bisherigen Machtverhältnisse im Gewerkschaftsapparat der IG Metall.“

Diese Einschätzung begründet sich allein schon daraus, daß die IGM-Führung für keinen einzigen der schweren Fälle von Verrat am Kampf der Metaller, die sie sich seit dem letzten Gewerkschaftstag geleistet hat, konsequent zur Rechenschaft gezogen wurde. Nach dem Stahlarbeiterstreik wurden von den wichtigsten Vertrauensleutekörpern der Hüttenwerke an Rhein und Ruhr personelle und gewerkschaftspolitische Konsequenzen für das Verhalten der Loderer, Janßen, Herb und Konsorten gefordert. Der Gewerkschaftstag hat diese berechtigten und notwendigen Forderungen de facto vom Tisch gewischt. Er hat die Weichen dafür gestellt, daß die Führung den Metallern in den kommenden schweren Arbeitskämpfen erneut in den Rücken fallen wird.

Abkehr von der Sozialpartnerschaft?

Gewiß hat es auf dem Gewerkschaftstag auch einzelne Lichtblicke gegeben. Einige fortschrittliche Beschlüsse konnten gegen den Widerstand von Loderer und Konsorten durchgesetzt werden. Aber in fast allen wichtigen Fragen war es umgekehrt. So z.B. bei den Forderungen, die auf eine demokratische Willensbildung in der IGM zielen. So auch in der Lohn- und Tarifpolitik. Zwar gab es in diesem Punkt scharfe Angriffe gegen den Vorstand, die vor allem von Delegierten aus Baden-Württemberg und Hessen vorgetragen wurden. Aber diese Kritik war nicht grundsätzlich und radikal genug.

Loderer zog sich mit seinen sattsam bekannten wortradikalen Lippenbekenntnissen aus der Affäre. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb dazu: *„Ohne genau zu sagen, wen oder was er damit meine, wandte sich Loderer gegen die ‚Manipulationstaktik der Sozialpartnerschaft‘“.*

Was von solchen Sprüchen zu halten ist, verdeutlicht ein Gespräch, das Loderer der „Süddeutschen Zeitung“ nach dem Ende des Gewerkschaftstages gewährte. Er stellt darin klar, daß seine Ohren nach wie vor weit geöffnet sind für die „Sorgen“ des Kapitals: *„Auf die kommenden Lohnverhandlungen eingehend, erkannte Loderer an, daß sich die Spielräume schon durch die höheren Rohstoff- und Energiepreise sowie die Umweltbelastungen verengt haben. ‚Aber das darf nicht zu Lasten nur einer Gruppe gehen‘“.*

Was heißt das anderes, als den Unternehmern grünes Licht für weiteren und noch brutaleren Reallohnabbau zu geben? „Wir alle“ sind wieder einmal aufgerufen, Opfer zu bringen, denn der Spielraum für Lohnerhöhungen hat sich verengt! Es ist die alte Leier, die man von Wirtschaftsministern und Unternehmerverbänden zur Genüge kennt. Es ist genau die verräterische Haltung, die sich auf der Grundlage der bürgerlichen Ideologie der angeblichen gemeinsamen Interessen von Kapital und Lohnarbeit, also der Sozialpartnerschaft begründet!

Wo blieb auf dem Gewerkschaftstag die prinzipielle Abrechnung mit dieser Ideologie und Politik? Wo wurde ihr eine klassenkämpferische Lohn- und Tarifpolitik entgegengesetzt, die sich an dem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital orientiert?

Sowenig wie in der Lohnpolitik ging der Gewerkschaftstag in bezug auf den Verrat am Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung mit der IGM-Führung ins Gericht. Hier hätte die Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre angeprangert und die vorzeitige Kündigung der Manteltarifverträge in puncto Wochenarbeitszeit mit dem Ziel einer baldigen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert werden müssen. Man begnügte sich stattdessen damit, allgemein und wenig verbindlich die 35-Stunden-Woche als eines der vorrangigen Ziele der Tarifpolitik der IG Metall zu kennzeichnen.

Überhaupt nicht aufs Tapet kam die skandalöse Sabotage der Bonzen an wirksamen Kampfmaßnahmen in Einzelunternehmen und Branchen gegen den Rationalisierungsterror, gegen Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung, zur Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze. Und dies, obwohl gegenwärtig ein brutaler Feldzug gegen die Arbeitsplätze in vollem Gange ist, insbesondere in der Automobil- sowie der eisen- und stahlerzeugenden Industrie.

Stattdessen stieg man wieder einmal in die bekannte Verstaatlichungsdebatte ein, wobei Loderer — wenngleich in demagogischer Absicht, so doch nicht ganz zu Unrecht — darauf verweisen konnte, daß Verstaatlichung „kein Allheilmittel“ sei. Faktisch dient diese Verstaatlichungsdiskussion dazu, von der Tatsache abzulenken, daß es Aufgabe der Gewerkschaft wäre, zunächst einmal Kampfmaßnahmen zu organisieren und die Belegschaften zur Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze und Betriebe zu mobilisieren. Wogegen die Bonzen das genaue Gegenteil tun: Sie wiegeln jeden spontanen Versuch der Belegschaften in dieser Richtung ab.

Was den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Reaktion und Faschismus betrifft, so kuschte der Gewerkschaftstag auch hier vor den Abwieglern in der IGM-Führung. Eine Schande ist es, daß es Loderer gelang, die Forderung nach dem **gesetzlichen** Aussperrungsverbot abzublocken, obwohl die Anträge zum Kampf gegen die Aussperrung in ihrer übergroßen Mehrheit eben dieses gesetzliche Verbot als Forderung enthielten.

Aussperrung: gesetzliches Verbot abgeblockt

Bekanntlich hat sich die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung zuletzt auf den Gewerkschaftstagen der IG Bau-Steine-Erden, der IG Chemie und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen durchgesetzt. **Will die IGM am Ende in der Gesellschaft solcher Rechtsausscherer wie der IG Bergbau und Energie oder der Polizeigewerkschaft den konsequenten Kampf für das Verbot der Aussperrung sabotieren?**

Nun — auch die ÖTV-Bonzen konnten leider verhindern, daß auf ihrem Kongreß dieser, der nach der IG Metall zweitgrößten Einzelgewerkschaft, die klare Forderung nach dem gesetzlichen Verbot verabschiedet wurde. Offensichtlich versuchen die DGB-Bonzen, sich gegen diese Forderung, die nach der neuerlichen Sanktionierung des Aussperrungsterrors durch das Bundesarbeitsgericht erst recht auf der Tagesordnung steht, in den zwei Großen unter den Einzelgewerkschaften zu „verbarrikadieren“. **Traurig, daß die Metaller diese Rechnung nicht durchkreuzt haben!**

Und wie steht es mit der wichtigen Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote? Sie wurde ebenfalls fallengelassen! **Es wurde ein Antrag verabschiedet, der im Kern sogar eine Billigung der Berufsverbote enthält!** Da heißt es: *„... die Fernhaltung politischer Extremisten ist auf der Grundlage der im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge und der Beamtengesetze zu regeln“.*

Und in derselben Entschließung wurden alle Mitglieder und Funktionäre aufgefordert, *„sich gegen demokratie- und gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen politischer Extremisten zur Wehr zu setzen“.* **Das zielt nicht hauptsächlich gegen rechts! Das ist eine Aufforderung zu gegenseitiger Denunziation!**

Ganz auf der reaktionären Linie der SPD-Führung läuft dies auf die infame Gleichsetzung von Faschisten bzw. Neonazis mit den sogenannten „Linksextremisten“ hinaus, d.h. mit Kommunisten, konsequenten Antifaschisten und revolutionären Gewerkschaftern. Zur Ergänzung dieser reaktionären Entschließung faßte der Gewerkschaftstag einen Beschluß, der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der IG Metall erneut bekräftigt und für „unverzichtbar“ erklärt.

Loderer verbrämt solche Beschlüsse mit wohlklingenden Lippenbekenntnissen zur Einheitsgewerkschaft und zur Einheit der Arbeiterbewegung, die ein neues ’33 nicht zulassen würde. In Wirklichkeit wird hier aber eindeutig Hand an die Einheitsgewerkschaft gelegt. **Hier wird erneut, wie schon vor 1933, der verhängnisvolle Weg der Spaltung, des Auseinanderdividierens der antifaschistischen Kräfte beschritten!**

Dem entspricht es genau, daß auch die klare Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen, wie etwa der NPD oder dauch der Grauen Wölfe, ersetzt wurde durch die schwammige Forderung nach dem Verbot *„militanter und zu terroristischer Gewaltanwendung neigender Organisationen, einschließlich religiös fanatischer Ausländergruppen“*. Motto: Nur ja den Begriff „faschistisch“ vermeiden, nur ja die klare Frontstellung Antifaschisten gegen Faschismus verwischen!

Was heißt denn das: *„militante und zu terroristischer Gewaltanwendung neigende Organisationen“*? Werden von Strauß und Konsorten etwa nicht alle fortschrittlichen und linken Kräfte genau mit dieser Terminologie diffamiert und mit staatlicher Willkür bedroht? **Ist das nicht die berüchtigte Sprachregelung der Polizeiminister, mit der zur Sympathisantenhatz gegen alles Demokratische und Fortschrittliche geblasen wurde?**

Frauen- und ausländerfeindlich

Bezeichnend für den reaktionären Sumpf des Bonzentums ist es, daß der Gewerkschaftstag sich gegen einige ausgesprochen frauen- und ausländerfeindliche Vorstöße höherer Funktionäre wehren mußte, was er — man muß es der Mehrheit der Delegierten zugutehalten — denn auch tat. Es gab eine harte Auseinandersetzung um die Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für die ausländischen Arbeiter, eine Forderung, die vom Vorstand abgelehnt wurde. In diesem Fall jedoch wurden die Reaktionäre überstimmt und die Forderung verabschiedet.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung kam es zu ausländerfeindlichen Ausfällen zweier IGM-Bonzen, die man nur als skandalös bezeichnen kann. Sie wurden von der Mehrheit der Delegierten zu Recht mit erregtem Protest quittiert. Der Westberliner Bevollmächtigte Horst Wagner bezeichnete Westberlin als *„die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei“* und warf den ausländischen Arbeitern zynisch vor, es mangele ihnen an *„Integrationsbereitschaft“*.

Diese an die NPD-Hetze erinnernde Auslassung ergänzte noch das IGM-Vorstandsmitglied Ferdinand Koob (Koob ist CDU-Mitglied) mit der unerhörten Äußerung, die ausländischen Kollegen sollten sich mal nicht beklagen, sie könnten *„nicht immer nur fordern, fordern und fordern...“*

Die IG-Metall-Frauen mußten sich gegen einen Antrag wehren, der die Ausweitung der Teilzeitarbeit als Mittel gegen die hohe Frauenarbeitslosigkeit befürwortet. Dieser Antrag wurde jedoch mehrheitlich zurückgewiesen, denn durch solche Forderungen wird die Gleichberechtigung der Frau eher unterlaufen, werden den Kapitalisten die Frauen als disponible Arbeitskraftreserve, als Lückenbüßer verfügbar gemacht. Stattdessen wurde ein Gegenantrag des Frauenausschusses verabschiedet, der klarstellt, daß Teilzeitarbeit keine Alternative zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein kann.

In diesem Zusammenhang soll übrigens erwähnt sein, daß auf diesem Gewerkschaftstag nur noch 50 weibliche Delegierte (von insgesamt 566 Delegierten), 13 weniger als 1977, vertreten waren und dies, obwohl der Anteil der Frauen in der IGM von 13,5 Prozent im Jahr 1977 auf 14,3 Prozent 1979 gestiegen ist.

So kann's nicht weitergehen!

Zum Schluß noch ein positiver Aspekt: Der Gewerkschaftstag zeigte das wachsende Bewußtsein der Kollegen über die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Kriegsgefahr zu organisieren. Es wurde ein Antrag mit dem Titel „Entspannung und Abrüstung“ verabschiedet, der trotz gewisser Unklarheiten wichtige Forderungen für diese Kampffront enthält.

Er verurteilt die sowjetische Aggression in Afghanistan und fordert den „Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan“. Gleichzeitig verurteilt der Antrag auch *„den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen“*, sowie *„die rüstungstechnologische Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglicht“*. Gegen die Verurteilung des NATO-Raketen-Beschlusses hat Loderer heftigen Widerstand geleistet.

Erfreulich ist auch die einstimmige Verurteilung des Militärputsches in der Türkei und die Forderung nach sofortiger Freilassung aller inhaftierten demokratischen Politiker und Gewerkschafter in der Türkei.

Trotz vereinzelter Schlappen für die reaktionären Kräfte um Loderer läßt sich jedoch bei nüchterner Betrachtung nicht leugnen, daß dieser 13. Gewerkschaftstag der IG Metall einen taktischen Erfolg für die arbeiterfeindlichen Bonzen und die innergewerkschaftliche Reaktion darstellt, und zwar nicht allein in der IGM, sondern im DGB insgesamt. **Dies ist um so bitterer, als hier nicht eine oppositionelle Gruppierung, wie auf dem IG-Chemie-Kongreß, offen zum Kampf gegen die etablierte Führung angetreten ist und damit ein unübersehbares Signal gesetzt hat. Sofern echte oppositionelle Kräfte in Westberlin vertreten waren, sind sie sozusagen kampflos untergegangen.**



Der Gewerkschaftstag der IG Metall: enttäuschte Hoffnungen vieler Oppositioneller. RGO tut not!

Angesichts dieser Lage müssen sich die ehrlichen oppositionellen Gewerkschafter erneut fragen, wie es nun weitergehen soll. So jedenfalls wie bisher geht es nicht weiter. Die Kollegen sollten sich erneut mit der Frage auseinandersetzen, ob nicht die organisierte, revolutionäre Opposition der einzig erfolgversprechende Weg ist, um die dringend erforderliche Wende in den Gewerkschaften zu einer konsequenten klassenkämpferischen Politik zu schaffen.

Wir Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß — wäre die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) bereits stärker gewesen — auf diesem Gewerkschaftstag für Loderer und Konsorten ein ganz anderer, ein schärferer Wind geweht hätte.

Müssen sich nicht die Kollegen, die sich in den letzten Jahren bei ihren Streiks und Kämpfen so böse verschaukelt sahen, jetzt noch einmal verraten vorkommen? Wie soll da die Resignation überwunden werden, die durch Niederlagen wie im Stahlarbeiterstreik unter den Kollegen hervorgerufen wurde? Wie soll die Gewerkschaftsbewegung die schweren politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bestehen, die auf uns zukommen?

Die RGO war noch zu schwach, um einen wesentlichen Einfluß auf diesen Gewerkschaftstag ausüben zu können. Nun gut — dann machen wir sie eben stark! Wir werden uns dabei mit der Masse der Mitglieder fest zusammenschließen und die Bonzen isolieren!

Hanfried Brenner

Skandalöse Haltung der DGB-Führung

„Trauerfeier nur für Schleyer"

Die Opfer des Nazi-Terrors waren Vetter keine Gedenkminute wert

DÜSSELDORF.— Nicht einmal zu einer Gedenkminute in den Betrieben für die Opfer des bislang blutigsten und niederträchtigsten politischen Verbrechens in der Geschichte der Bundesrepublik hat die DGB-Führung aufgerufen. Von der Organisierung eines Streikes aus Protest gegen den neonazistischen Massenmord in München ganz zu schweigen.

Als im Herbst 1977 der als Unternehmerpräsident und Aussperrungsstratege in der Arbeiterschaft verhaßte Hanns Martin Schleyer von der RAF erschossen wurde, hatte die DGB-Führung gemeinsam mit den Unternehmerverbänden alle Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik und Westberlins zu einer Gedenkminute aufgerufen.

Jetzt, wo durch den feigen faschistischen Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest 13 Menschen, einfache Werktätige, darunter drei Kinder, auf grauenvolle Weise hingemetzelt, wo viele weitere Oktoberfestbesucher schrecklich verletzt und verstümmelt wurden, wäre ein solcher Aufruf angebracht gewesen. Er wäre doch das Allermindeste gewesen, was man von den DGB-Führern hätte erwarten können!

Aber nichts! Der Bundesvorstand des DGB reagierte bisher überhaupt nicht auf das Massaker von München. Lediglich auf örtlicher Ebene gab es vereinzelte Initiativen des DGB. In München rief der DGB am Dienstag, dem Tag der offiziellen Trauerfeier, zu einer kurzen Arbeitsniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Anschlags auf.

Gleichzeitig aber weigerten sich die Münchner DGB-Bonzen, eine Protestdemonstration zu unterstützen, die ebenfalls am Dienstag in München unter Beteiligung einer Vielzahl von linksgerichteten und antifaschistischen Organisationen und Gruppen stattfand. Diese Demonstration, an der sich rund 3 000 Menschen beteiligten, stand unter den Parolen: „Stoppt die Neonazis! Sofortige Auflösung aller nazistischen Organisationen!"

Ebenso lehnten die Bonzen auch in Bremen die Beteiligung des DGB an einer Demonstration ab, die gleichfalls am Dienstag stattfand und an der sich etwa 4 000 Menschen beteiligten. In Hamburg rief der DGB und der Hamburger Senat zu einer Gedenkminute um 16 Uhr auf, also zu einem Zeitpunkt, wo in vielen Betrieben bereits Feierabend ist. Die DGB-Jugend von Hamburg dagegen rief immerhin für den Dienstagabend zu einer Mahn- und Protestkundgebung auf, an der sich rund 1 000 Menschen beteiligten. Dieser Aufruf wurde jedoch vom Hamburger DGB-Verband selbst und von den Einzelgewerkschaften nicht unterstützt.

Hingegen erreichten uns Berichte über verschiedene selbständige Initiativen von Gewerkschaftern in den Betrieben zur Durchführung von Gedenk- und Protestpausen, so zum Beispiel von den Vertrauensleuten der Gabelstaplerfabrik Still in Hamburg (siehe untenstehenden Bericht).

Bei vielen Kollegen hat das ungeheuerliche Verhalten der DGB-Führung Empörung ausgelöst. „Trauerfeier nur für Schleyer" und ähnlich bittere Worte machten die Runde. Ein Kollege von Still sagte: „Man muß wohl Schleyer heißen und nicht Meier!"



Schon seit langem drängen aktive Gewerkschafter darauf, daß der DGB einen konsequenten und aktiven Kampf gegen die Gefahr eines neuen'33 führt. Bis jetzt aber haben die reaktionären Bonzen diese Bestrebungen unterdrückt und sabotiert.

Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei der Still GmbH

„Lassen wir es nie wieder so weit kommen!"

HAMBURG.— Im Gegensatz zur DGB-Führung zeigte sich die Vertrauenskörperleitung der IG Metall in den Betrieben der Hamburger Gabelstaplerfabrik Still ihrer gewerkschaftlichen Pflicht im Kampf gegen den neonazistischen Terror bewußt. Sie forderte die Durchführung einer Arbeitspause, um der Opfer des Münchener Attentats zu gedenken und gegen die faschistische Bluttat zu protestieren.

Die Geschäftsleitung lehnte diese berechtigte Forderung jedoch ab. Sie verwies dabei darauf, daß ja DGB und Hamburger Senat zu einer Gedenkminute um 16 Uhr aufgerufen hätten. Zu diesem Zeitpunkt ist die Schicht bei Still jedoch bereits zu Ende.

Die Forderung nach der Arbeitspause hatte die Vertrauenskörperleitung auch in einem Flugblatt unter der Belegschaft propagiert, das am Dienstag, dem Tag der offiziellen Trauerfeier, erschien. Die geforderte Arbeitspause war für den Mittwoch vorgesehen. Im folgenden geben wir das Flugblatt in seinem vollen Wortlaut wieder:

„12 Tote, 200 Verletzte! Dies ist das erschütternde Ergebnis des bisher größten Anschlags rechtsextremistischer Terroristen seit Bestehen der Bundesrepublik. Schon gleich nach dem Anschlag versuchten bayerische Politiker, dies für ihren Wahlkampf auszunutzen, obwohl sie es waren, die die Hoffmann-Gruppe lange Zeit verharmlost haben. Der Bundesinnenminister wurde angegriffen, obwohl er es war, der im Januar dieses Jahres das Verbot der „Wehrsportgruppe" Hoffmann veranlaßte.

Diese und andere Neonazi-Gruppen, wie zum Beispiel die Hamburger Hansa-Bande, wurden aber vielfach immer noch als harmlose Spinner dargestellt. Damit muß jetzt endgültig Schluß sein.

Das Ziel dieser Gruppen ist es laut Hoffmann, „das Vaterland zu befreien" und einen „totalen Staat" zu errichten. Durch ihren Terror wollen sie die Bevölkerung so verunsichern, daß sie einen „starken Mann" an der Spitze als einzigen Ausweg aus dem Chaos sieht. Mit denselben Zielen und Methoden bereiteten auch SA und SS die Machtergreifung Hitlers vor. Auch sie wurden damals zuerst als harmlose Spinner abgetan.

Lassen wir es nicht wieder so weit kommen!

Wir fordern das sofortige Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Gruppen!

Um den Opfern des Münchner Attentats zu gedenken und gegen den rechtsextremen Terror zu protestieren, setzt sich die VK-Leitung über den Betriebsrat bei der Geschäftsleitung dafür ein, bei Still am Mittwoch eine Gedenkpause durchzuführen.

Wir hoffen, daß die Geschäftsführung dieses Anliegen befürwortet."

Luftfahrtbeschäftigte gegen Strauß und Neonazis

Flugblätter auf allen großen Flughäfen

500 Kollegen rufen auf: „Strauß darf nicht Kanzler werden"

FRANKFURT.— Auf allen großen Flughäfen der Bundesrepublik wurden in der vorletzten Woche Flugblätter verteilt, in denen dazu aufgerufen wird, Strauß zu stoppen. Über 500 Beschäftigte der Luftfahrt stehen hinter dieser vorbildlichen Aktion. Und die Kollegen wollen nach der Wahl ihr demokratisches Engagement fortsetzen. Sie setzen sich auch für das Verbot aller Neonazi-Gruppen ein.

Mehr als 500 Beschäftigte der Luftfahrt, darunter 36 Piloten, 114 Flugbegleiter sowie Mechaniker, Flugingenieure und andere Beschäftigte, haben sich der Initiative angeschlossen, die sich den Namen „Arbeitnehmer in der Luftfahrt — gemeinsam gegen Strauß" gegeben hat.

Ein Pilot erklärte zu der Initiative: *„Es ist das erste Mal, daß sich die Kollegen in der Luftfahrt mit ihrer Unterschrift zu einer politischen Aussage bekennen."* Nach eigenem Bekunden ist die Initiative unabhängig von Parteien und Gewerkschaften und finanziert sich durch Spenden aus dem Kollegenkreis.

In einem Aufruf, der an allen großen Flughäfen verteilt wurde, erklären die Kollegen:

„Strauß darf nicht Kanzler werden. Wer Strauß stoppen will, der muß diesem Mann schon heute entgegentreten. Weder warten auf den Wahltermin noch eingeschüchtertes Anpassen sind dazu die geeigneten Mittel. Breite Aufklärung über die Politik, die Strauß vertritt, sowie das aktive Eintreten für unsere sozialen und demokratischen Interessen, können ein Klima in unserem Land schaffen, in dem ein „starker Mann" nicht gedeihen kann."

Die Kollegen wollen auch nach der Wahl gegen Reaktion und Faschismus aktiv bleiben, „egal ob Schmidt oder Strauß die Wahl gewinnt".

Nicht zuletzt geht es ihnen darum, über die nationalen und internationalen faschistischen Gruppierungen und politischen Rechtskräfte aufzuklären und die Forderung nach dem Verbot der neonazistischen Organisationen durchzusetzen.

Aus dem Aufruf der Hamburger DGB-Jugend

„Bombenanschläge, Drohungen, Tote und Verletzte — das ist die Handschrift des Faschismus. Der Ruf nach einem ‚starken Mann' soll herbeigebombt werden. Dieser Weg muß gestoppt werden!"

Der Gewerkschaftskommentar

Als am Mittwoch letzter Woche in Paris eine Bombe in einem jüdischen Kindergarten explodierte, die zum Glück kein Todesopfer gefordert hat, rief die Gewerkschaft CGT noch am gleichen Tag zu einer Demonstration gegen den faschistischen Terror und für das Verbot aller faschistischen Organisationen auf. Trotz der Kurzfristigkeit beteiligten sich rund 8 000 Menschen an der Demonstration. Auf das faschistische Massaker in Bologna vor einigen Wochen reagierten die italienischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik. Wie aber reagierte die DGB-Führung auf das Blutbad vom Münchner Oktoberfest?

Das Blutbad von München und die Gewerkschaften

Es ist erschreckend! Sie reagierte so gut wie gar nicht. Der feige, barbarische Anschlag von München ist das unmenschlichste, schlimmste Verbrechen dieser Art seit Bestehen der Bundesrepublik. Und er ist keine isolierte Einzeltat.

Einige Wochen davor starben in Hamburg zwei junge Vietnamesen durch einen Brandanschlag der Neonazis, wurde in Aachen ein junger Antifaschist aus der Türkei von einem Killerkommando der Grauen Wölfe auf bestialische Weise zu Tode gefoltert. Inzwischen treffen fast täglich neue Meldungen über faschistische Anschläge und Gewalttaten ein! Noch während dieser Kommentar geschrieben wird, erfährt der Schreiber aus einer unscheinbaren kleinen Zeitungsnotiz, daß in Recklinghausen zwei Jugendliche von Neonazis niedergestochen und lebensgefährlich verletzt wurden. Sie hatten sich über die rassistischen Hetzereien der Neonazis aufgeregt.

Durch diese Republik geht zur Zeit eine Welle neofaschistischen Terrors, wie Deutschland ihn seit der Zerschlagung des Hitler-Faschismus nicht mehr erlebt hat. Aber nicht nur die Bonner Politiker gehen zur Tagesordnung über, als ginge sie das nichts an — auch die DGB-Führung handelt nicht viel anders.

Kein Aufruf zu bundesweiten Protestaktionen, keine vom gesamten DGB getragenen Arbeitsniederlegungen, von einem Generalstreik wie in Italien gar nicht zu reden! Nicht einmal zu einer Gedenkminute in den Betrieben für die Opfer des neofaschistischen Terrors wurde zentral aufgerufen!

Wie anders reagierten die Vetter, Kluncker, Loderer und Co. als der Unternehmerpräsident und Aussperrungsstratege Schleyer, ehemaliger Nazischerge im „Protektorat Böhmen und Mähren", von der RAF erschossen wurde! Da verordneten sie bundesweit den Belegschaften eine Gedenkminute. Da verurteilten sie „mit tiefem Entsetzen und voller Abscheu und Erschütterung" diese „unmenschliche Gewalttat". Da riefen sie gegen die „Staatsfeinde" zur „Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf. Da stimmten sie beflissen in das verlogene Geplärre aus Bonn von der „Solidarität der Demokraten" ein.

Kollegen! Gewerkschafter! Das Verhalten der Gewerkschaftsführung muß uns allen ein Alarmsignal sein. Nie war es so deutlich wie in diesen Wochen und Monaten, daß die Herrschenden, die Herren von Finanz und Industrie, auf ein neues '33 zusteuern. Nicht nur die Kanzlerkandidatur des F.J. Strauß ist ein Zeichen dafür! Wehret den Anfängen! Schließen wir uns zusammen gegen die faschistische Gefahr! Das sind wir uns und unseren Kindern schuldig.

Die Geschichte lehrt uns, daß man der faschistischen Gefahr nicht Herr werden kann, wenn nicht die größte, umfassendste Massenorganisation der Arbeiterklasse, die Gewerkschaft, im entschlossenen Kampf gegen Reaktion und Faschismus vorangeht. Wenn der DGB nicht die werktätigen Massen aufklärt und mobilisiert, wenn er nicht die Schaffung einer einheitlichen machtvollen Front des antifaschistischen Kampfes konsequent unterstützt und organisiert, dann werden wir ein neues'33 nicht verhindern können.

Deshalb ruft unsere Partei, die KPD, allen Gewerkschaftern zu: Wartet nicht, bis es wieder einmal zu spät ist! Lassen wir uns nicht erneut auseinanderdividieren! Lassen wir uns nicht ein zweites Mal durch gewissenlose Führer vom gemeinsamen, geschlossenen und entschiedenen Handeln abhalten!

Eine breite, intensive Massenaufklärung über Ursachen und Ziele des Faschismus, über die heutige Gefahr eines neuen'33 tut dringend not! Ein machtvoller Kampf für das Verbot aller faschistischen Organisationen ist das Gebot der Stunde! Der konsequente Widerstand gegen den weiteren Abbau demokratischer Rechte, gegen Faschisierung und Militarisierung muß organisiert werden. Dies alles sind vor allem Aufgaben, die die Gewerkschaften erfüllen müssen. Nur der DGB ist stark und einflußreich genug, diese Aufgaben in der erforderlichen Weise zu erfüllen. Nur er kann dem antifaschistischen Kampf die notwendige Breite und Durchschlagskraft verleihen.

Hanfried Brenner

Faschistischer Terror in der Bundesrepublik

Die Saat ist aufgegangen

Der Bonner Staat duldet und fördert den Faschismus

Das grauenvolle Massaker am vorletzten Wochenende kam nicht von ungefähr. Es war nur der blutige Gipfelpunkt einer ganze Serie faschistischer Terrorakte in diesem Land. Und wer könnte es wagen, ein neues Blutbad vom Ausmaß des Münchner Anschlags kategorisch auszuschließen?

Man müßte schon mit politischer Blindheit geschlagen sein, um eine solche Gefahr nicht zu sehen. Denn die Mörder sind weiter unter uns. Betrachten wir nur die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, deren Mitglied der Massenmörder von München, Gundolf Köhler, war. Diese Bande hat sich in den Äußerungen ihres Führers offen zu ihrem Ziel, der Errichtung einer faschistischen Diktatur, bekannt. Sie hat keinen Hehl aus ihrer Strategie des Terrors, des Bürgerkrieges gegen alle fortschrittlichen Kräfte gemacht. Das Massaker von München war ein logischer Bestandteil dieser Strategie, die darauf abzielt, Angst, Panik und Unsicherheit in diesem Land zu schaffen, um einem „starken Mann“ den Weg an die Macht zu bereiten. Und es ist kein Geheimnis, wer das Idol der faschistischen Banden aller Schattierungen ist, zu wem diese Verbrecher gläubig aufschauen, in wem sie den neuen „Führer“ sehen — Franz Josef Strauß.

Wir haben im RM dargestellt, wie tief dieser Strauß in den faschistischen Sumpf verstrickt ist, wie sehr seine eigene Angst-Strategie der Strategie des faschistischen Abschaums gleicht. Von daher sollte es niemanden verwundern, wenn Strauß selbst oder sein Innenminister Tandler mit der provokativen Alleintäter-Theorie den faschistischen Hintergrund des Münchner Attentats verdunkeln, wenn sie weiter ihre schützende Hand über die Hoffmann-Terroristen halten und sogar das Attentat zum Werk der DDR oder eines angeblich zu liberalen Innenministers erklären.

Dennoch wäre es kurzsichtig, die Duldung und Förderung faschistischer Banden — die das Blutbad von München erst ermöglichte — nur als eine Sache von Strauß und seiner Gefolgschaft anzusehen. Die Komplizen des Gundolf Köhler, die sechs nach dem Anschlag inhaftierten Hoffmann-Terroristen, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Und das hat nicht ein Tandler so entschieden, sondern der Generalbundesanwalt Rebmann. Er setzt damit fort, was Innenminister Baum zu Beginn dieses Jahres begonnen hatte, als er zwar die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ für verboten erklärte, sie aber ausdrücklich nicht als terroristische Vereinigung behandelt wissen wollte.

Hoffmann-Leute auf freiem Fuß

Und auch jetzt noch, nachdem die Hoffmann-Leute in München so furchtbar zugeschlagen haben, weigert sich Rebmann — so unglaublich das scheinen mag — gegen die Bande als kriminelle oder terroristische Vereinigung zu ermitteln. Sein Sprecher erklärt zynisch: „Wehrsport allein ist keine Straftat.“ Das gleiche hatte auch Tandler stets geantwortet, wenn es galt, die Forderungen nach einem wirksamen Verbot der Hoffmann-Bande abzuschmettern. Aber was heißt hier „Wehrsport“?

- Es ist seit langem bekannt, daß die Hoffmann-Bande immer wieder Antifaschisten überfallen und krankenhausreif geschlagen hat.
- Es ist seit langem bekannt, daß sich die angeblich so harmlosen „Wehrsportler“ selbst als „Soldaten gegen die rote Flut“ verstehen; daß sie ihre Übungen und Manöver nur zu einem Zweck betreiben: zum Training eines perfekten Mordterrors gegen das Volk. Natürlich kennt nicht nur ein Tandler, sondern kennen auch die Herren Rebmann, Vogel oder Baum die freimütig herausposaunten Drohungen des Bandenchefs Hoffmann: „In einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir dann die richtigen Leute. Wir sagen nicht von vornherein: Da wird es schwierig. Wir haben keine Hemmungen, gegen Kommunisten vorzugehen.“
- Im Zusammenhang mit dem Münchner Anschlag ist auch die oft wiederholte Lüge der Staatsorgane entlarvt worden, die „Wehrsportgruppe“ verfüge nur über unbrauchbare Waffen. Im Fernsehen wurde etwa eine funkelnagelneue und voll funktionsfähige Maschinenpistole gezeigt.
- Weiter: Bei den kurzfristig festgenommenen Hoffmann-Banditen wurden beschlagnahmt: ein Kilogramm militärischer Sprengstoff, drei 105-Millimeter-Granaten mit sechs Kartuschen und eine Tellermine. Aber auch diese Waffenfunde — so der Sprecher des Generalbundesanwalts — hätten nicht einmal zur Begründung eines Haftbefehls ausgereicht.
- Schließlich wurde jetzt der Öffentlichkeit bekannt (die verschiedenen Geheimdienste, Polizeizentralen und Regierungsstellen waren darüber natürlich längst unterrichtet), daß die Hoffmann-Bande einen schwungvollen Waffenhandel mit faschistischen Milizen im Libanon betreibt; daß ihre Mitglieder gemeinsam mit Gesinnungsfreunden aus anderen europäischen Ländern an militärischen Trainingscamps sowohl im Libanon wie auch in Belgien teilnehmen.

Aber all das reicht auch für Rebmann und die Bundesregierung nicht aus, um die Hoffmann-Truppe endlich zur terroristischen Vereinigung zu erklären. Ja, es reicht ihnen — selbst vor dem Hintergrund des Blutbades von München — nicht einmal für simple Haftbefehle. Die Mordkumpane des Gundolf Köhler werden auf freien Fuß gesetzt. Sie können nach Belieben abtauchen und nach einiger Zeit ihr mörderisches Handwerk wieder aufnehmen.

Wo leben wir eigentlich?

Angesichts solcher empörender Tatsachen fragen sich die Demokraten in diesem Land: Wo leben wir denn eigentlich? In dieser Bundesrepublik Deutschland wurde gegen streikende Fluglotsen oder Hausbesetzer als Angehörige einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Die bis an die Zähne bewaffneten Hoffman-Terroristen aber werden behandelt, als wären sie ein unschuldiger Sportverein. In dieser Bundesrepublik Deutschland sind Menschen ins Gefängnis geworfen worden, weil sie gegen Reaktion, Faschismus und Krieg demonstriert oder weil sie auf Flugblättern politische Justiz und staatlichen Terror angeprangert haben. Die Söldner des Karl-Heinz Hoffmann aber werden nach Hause geschickt, während in den Münchner Krankenhäusern die Opfer des faschistischen Blutbades noch mit dem Tode ringen.

So deutlich wie in diesen Tagen ist die Begünstigung des Bonner Staates für den organisierten Faschismus in diesem Land noch nie gewesen. Man stelle sich doch nur einmal vor, im Zuge der Ermittlungen nach der Schleyer-Entführung wären bei Mitgliedern irgendeiner „linken“ Gruppierung Tellerminen und Sprengstoff gefunden worden! Oder man rufe sich überhaupt die Geschehnisse im „Deutschen Herbst“ 1977 ins Gedächtnis: das ganze Land von einer Welle der Hausdurchsuchungen, Razzien und Polizeikontrollen überrollt. Terrorgesetze werden im Bundestag durchgepeitscht. Wochenlang schwappt die Sympathisantenhatz durch die Fernsehkanäle und die Spalten der bürgerlichen Presse. Staatstrauer für Schleyer wird angeordnet und brutal durchgesetzt. Wer öffentlich bekundet, um den Unternehmerboß wäre es nicht schade gewesen, wird außerhalb der Gesellschaft gestellt. Wer sich den verordneten Gedenkfeiern im Betrieb widersetzt, riskiert seinen Arbeitsplatz.

Und jetzt? Was geschieht jetzt? Nichts! Absolut nichts! Selbst die dreizehn Toten von München sind für den Bonner Staat kein Anlaß, endlich in der verzweigten faschistischen Szene dieses Landes aufzuräumen. In München läuft auf Weisung der CSU-Bosse das Oktoberfest weiter, derweil ein paar Kilometer vom Vergnügungsplatz entfernt ein weiteres Opfer des Anschlags sein Leben verliert. Kein Sender hat daran gedacht, seine dämliche Wochenendunterhaltung aus dem Programm zu nehmen und Anteilnahme mit den Opfern zu bekunden — oder gar über die Hintergründe des faschistischen Terrors aufzuklären. Selbst die DGB-Führer reihen sich bereitwillig in die schändliche Front derer ein, die das Attentat verharmlosen, alsbald mit dem Mantel des Schweigens überdecken wollen.

Keine Initiative geht von ihnen aus, die noch nach dem Schleyer-Attentat zu den Befürwortern einer verordneten Staatstrauer gehörten. Kein Aufruf an die Werktätigen zur Solidarität mit den Opfern, die im Gegensatz zu Schleyer Menschen aus dem Volk waren. Kein Aufruf zu einer machtvollen Kampfansage an den Faschismus, der in München schrecklicher als je zuvor seit der Befreiung sein Haupt erhoben hat. Es sei hier noch einmal daran erinnert, daß die italienischen Gewerkschaften das Massaker von Bologna mit Massendemonstrationen und einem kurzfristigen Generalstreik im ganzen Land beantwortet haben.

Was muß noch geschehen?

Was muß bei uns denn noch geschehen? Sollen wir auf die nächste Bombe der faschistischen Mörder warten, in einem Bahnhof vielleicht oder in einem Fußballstadion? Die braunen Terroristen haben ihre Bereitschaft zum kaltblütigen Massenmord endgültig klargemacht. Ihre Organisationen sind den Staatsorganen bekannt. In Bonn weiß man genausogut wie in den Landesregierungen, daß die Hoffmann-Truppe keine Einzelerscheinung ist, daß es solche Banden überall in der Bundesrepublik gibt. Und hier noch einmal zur Erinnerung: **Allein bei 70 Festnahmen von Nazi-Terroristen in der letzten Zeit wurden sichergestellt: sieben Kilo Sprengstoff, 121 Handgranaten, 13 automatische Schußwaffen, 44 Gewehre, 118 Handfeuerwaffen, 10 000 Schuß Munition usw. Wohlgemerkt, das sind nur die sichergestellten Waffen. Die vielfache Menge dieses mörderischen Arsenals lagert noch in den Nestern der braunen Banden.**

Und trotzdem läßt der Bonner Staat die Faschisten gewähren. Gehandelt wird nur, wenn es aufgrund in- und ausländischer Proteste unumgänglich wird. Und auch dann nur halbherzig. Die Behandlung der Hoffmann-Bande ist das beste Beispiel dafür. Ansonsten können sich die Faschisten einer überaus zuvorkommenden Behandlung von Geheimdiensten, Polizei und Justiz erfreuen. Sie bekommen — wenn sie einmal vor Gericht stehen — glatte Freisprüche wie etwa die Offiziersschüler von München, die „Judenverbrennung“ gespielt haben oder die Terroristen vom Nazi-Nest Gut Barenbräucker, die Fernsehleute aus der CSSR zusammengeschlagen haben. Und um die Hetzkundgebung der Faschisten gegen die Empörung der Demokraten zu schützen, werden regelmäßig Polizeiaufgebote abgestellt, die dann nicht selten gemeinsam mit den Nazis Antifaschisten zusammenschlagen.

Demonstranten gegen Nazi-Provokationen werden zu Hunderten von der Bonner Klassenjustiz abgeurteilt, oft zu drastischen Gefängnisstrafen ohne Bewährung. **Inzwischen genügt es schon — wie jüngst in Bochum geschehen —, die Nazis als Nazis zu bezeichnen, um vor ein Gericht gezerrt und verurteilt zu werden.** Neofaschistische Organisationen wie die NPD dagegen dürfen sogar den Bundestagswahlkampf benutzen, um ihre Hetze gegen ausländische Kollegen zu betreiben, eine Hetze, deren blutige Saat beim Mordanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg aufgegangen ist. Derselben NPD wird von hohen Gerichten Verfassungstreue bescheinigt, obwohl sie unverhohlen die Nazi-Diktatur verherrlicht, obwohl Dutzende ihrer Mitglieder an Raubüberfällen, Bombenanschlägen und anderen Terrorakten beteiligt waren.

Franz Josef Strauß hat in der ihm eigenen brutalen Offenheit die faschistischen Banden zu seinen Hilfstruppen erklärt, mit denen man nicht zimperlich sein dürfe. Darüber darf man allerdings nicht vergessen, daß der Bonner Staat insgesamt — wie hier dargestellt — die faschistischen Banden schützt und fördert, sich ihrer ebenfalls als Hilfstruppen bedient. Zu welchem Zweck?

Die braunen Hilfstruppen der Bourgeoisie

Das eine hat Hoffmann in seiner oben angeführten Äußerung offen ausgeplaudert. **In Zeiten des verschärften Klassenkampfes können die faschistischen Banden zu einer wichtigen und gefährlichen Reserve des staatlichen Terrors gegen das Volk werden.** Auf diese Art handeln die braunen Terroristen in El Salvador, in der Türkei und anderen Ländern, in denen sich der Klassenkampf zugespitzt hat. Sie übernehmen dabei sozusagen die blutige Drecksarbeit, mit der sich die staatlichen Unterdrückungsorgane nicht kompromittieren wollen: die Ermordung von Revolutionären, die Durchführung von Massakern unter fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung usw. Auch Hitlers SA-Banden haben vor der Machtergreifung des Faschismus dieses Geschäft der Liquidierung von Kommunisten und anderen Feinden der herrschenden Bourgeoisie betrieben.

Ein anderes Interesse des kapitalistischen Staates insgesamt an der Förderung der faschistischen Banden zeigt ein Prozeß, der gegenwärtig gegen Nazi-Bombenleger in Braunschweig geführt wird. Ihre durchgeführten oder geplanten Anschläge und Attentate hätten — nach den Vorstellungen der Faschisten — „zur Erschütterung der staatlichen Ordnung und zur Verunsicherung der Bevölkerung führen sollen. Damit sei beabsichtigt gewesen, ein Verlangen nach mehr Härte hervorzurufen.“ Auf dieser Linie lag auch das Blutbad von München, das sich in die erwähnte Strategie von Strauß einfügt: Durch wahllosen Terror gegen das Volk soll ein Klima der Angst und der Unsicherheit geschaffen werden, in dem dann der Ruf nach einem „starken Mann“, der wieder für „Ruhe und Ordnung“ sorgt, Gehör finden soll. Nach dieser Strategie haben die Grauen Wölfe in der Türkei den General Evren an die Macht gebombt.

Außerdem haben die faschistischen Banden im Interesse der Bourgeoisie auch die Aufgabe, rückschrittliche Emotionen bei Teilen der Bevölkerung zu mobilisieren, wie das gegenwärtig in der Hetzkampagne gegen die Ausländer geschieht. Auch dadurch wird ein Klima der Verunsicherung und des Hasses geschürt, zudem werden Keime einer gefährlichen Spaltung unter die Werktätigen getragen. Ein wichtiges Objekt der faschistischen Propaganda ist die Jugend, deren Lage unter den Bedingungen der Krise immer perspektivloser wird. Die Nazis — die ja auch nahezu ungehindert in den Schulen oder in der Bundeswehr wühlen können — bemühen sich besonders darum, die Jugend mit ihrem Gift ideologisch zu verwirren und sich hier Bastionen aufzubauen.

Eine nicht zu unterschätzende Funktion haben die Faschisten schließlich auch für den ideologischen Kampf der Bourgeoisie, vor allem für die scheinbare Begründung der alten „rot-gleich-braun“-Lüge, mit der Kommunisten, Antifaschisten und konsequente Demokraten auf der einen und Faschisten auf der anderen Seite gleichgesetzt und zu „Extremisten“ erklärt werden. Aber gerade diese Lüge ist von der Geschichte selbst unzählige Male widerlegt worden. Die Faschisten standen und stehen nicht außerhalb der kapitalistischen Ordnung, nicht in einem wirklichen Widerspruch zu den bürgerlichen Parteien. Sie sind der terroristische Stoßtrupp, dessen sich die Bourgeoisie bei der Niederhaltung der unterdrückten Massen bedient.

Und was unser Land betrifft, so erleben wir es ja täglich, daß nicht nur ein Strauß, sondern auch die Führer der SPD dafür sorgen, daß der herrschenden Klasse dieses Instrument erhalten bleibt. Die Brandt und Wehner berufen sich gerne auf ihre antifaschistische Vergangenheit. Eine um so größere Schande ist es, daß gerade sie, die selbst Opfer des faschistischen Terrors waren, heute die Existenz der Nazi-Banden, ja die Existenz einer bis an die Zähne bewaffneten faschistischen Bürgerkriegsarmee in diesem Land dulden. Daß sie es hinnehmen, wenn heute nach italienischem und türkischem Vorbild mit Bomben und Mordanschlägen eine Strategie der Angst in die Tat umgesetzt wird, die nur ein Ziel hat: den „starken Mann“ an die Macht zu bringen.

Die Führer der SPD sind vor 1933 Wegbereiter des Faschismus gewesen. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Um so dringlicher ist es für uns, auch die Mitglieder und Anhänger der SPD in den Kampf gegen Reaktion und Faschismus hineinzuziehen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Kampfes ist die vollständige Trockenlegung des faschistischen Sumpfes. Verbot aller faschistischen Parteien! Bestrafung der Hoffmann-Leute und aller anderen Nazi-Terroristen!



Die Saat der Duldung und Förderung faschistischer Banden durch den Bonner Staat ist aufgegangen: Massaker auf dem Münchner Oktoberfest

Verbindungen zur Hoffmann-Bande

F.J. Strauß und die Neofaschisten

Der faschistische Terrorakt in München wird von Strauß mit hemmungsloser Demagogie als Wahlkampfmunition ausgeschlachtet. Wechselweise macht er den Bonner Innenminister Baum und die DDR für das Massaker verantwortlich. Diese unglaublichen Verfälschungen sollen nicht zuletzt dazu dienen, seine eigene Rolle innerhalb der faschistischen Bewegung, die vielfältigen Verbindungen seiner Partei zu den Nazi-Banden zu verschleiern.

Wie wir schon im letzten „Roten Morgen" festgestellt haben, ist die Wehrsportgruppe Hoffmann von der bayrischen Landesregierung in vielerlei Hinsicht gefördert worden. Der frühere Innenminister Seidl (ein ehemaliger Verteidiger der Nazi-Kriegsverbrecher beim Nürnberger Prozeß) weigerte sich bis 1978 überhaupt, die Hoffmann-Bande als neonazistische Gruppe einzustufen. Sein Nachfolger Tandler („Wehrsport ist schließlich nicht strafbar") handelte die Hoffmann-Gruppe in seinem internen Verfassungsschutzbericht vom Anfang dieses Jahres auf ganzen acht Zeilen ab. Dem demokratischen Schriftsteller Bernt Engelmann wurden im gleichen Bericht 24 Zeilen gewidmet.

Hoffmann bekam Waffenbesitzkarten ausgestellt, er konnte die von ihm auf Terror gedrillten Bandenmitglieder als Schläger gegen fortschrittliche Organisationen einsetzen; er konnte seine Truppe mit Kriegsgerät ins Manöver schikken, Waffengeschäfte mit dem Ausland abwickeln — alles unter den Augen der Strauß-Regierung. Es ist aber durchaus nicht so, daß sich der „Führer" und seine Gefolgsleute, wie Seidl und Tandler, auf die bloße Duldung der Aktivitäten von Banden wie der Wehrsportgruppe beschränkt hätten. Es gibt zwischen Strauß und seiner Partei auf der einen und dem faschistischen Sumpf auf der anderen Seite ein ganzes Netz von persönlichen und organisatorischen Verbindungen.

Eine wesentliche Grundlage dieses Netzes bildet die gemeinsame Herkunft von Führungskadern der CSU und Aktivisten der neofaschistischen Bewegung aus dem Apparat der Hitler-Diktatur. Strauß selbst war ja als wehrgeistiger Führungsoffizier Ideologe des Nazi-Faschismus. In seiner Partei konnten Kriegsverbrecher und Massenmörder, wie etwa Theodor Oberländer, führende Positionen (Minister in München, dann in Bonn) einnehmen. Typisch für die Verknüpfung zwischen der CSU und den neofaschistischen Banden sind solche Organisationen wie der „**Witikobund**". Dabei handelt es sich um eine Zusammenrottung von ehemaligen Nazi-Funktionären aus dem Sudetenland. Die verbrecherische Losung dieses Witikobundes: „Eher wird die Tschechoslowakei ein zweites Mal zerschlagen, als daß Karlsbad immer Karlovy Vary heißen wird." Kommandiert wird der Witikobund von dem früheren Redakteur eines NSDAP-Organs im Sudetenland, Walter Becher. Heute ist er Bundestagsabgeordneter der CSU und Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". Ein anderes führendes Mitglied des Witikobundes ist Ernst Anrich — der Ideologe der NPD.

„Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes"

Strauß selbst war es, der die Integration der offen faschistischen Gruppierungen in die CSU nachdrücklich betrieben hat. Er erklärte seine Partei zur „Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes" und forderte: „Es bilden sich zusehends rechte Wählergruppen, die von der CDU nichts mehr wissen wollen. Die muß man sammeln." Und tatsächlich ist es ihm gelungen, große Teile der früher mitgliedermäßig relativ starken NPD aufzusaugen. Dieser Prozeß ging einher mit den Bestrebungen der CSU, sich über das ganze Bundesgebiet auszubreiten. Zu diesem Zweck wurden sogenannte **Freundeskreise der CSU** außerhalb Bayerns gebildet, die allesamt mit Faschisten durchsetzt waren. Letzteres zeigte sich deutlich, als 1970 ein Freundeskreis auf Bundesebene gegründet wurde. Zu dessen Vorsitzenden wurde der berüchtigte Professor Berthold Rubin gemacht, der sechs Jahre zuvor die Taufrede der damals gegründeten NPD gehalten hatte.



Hoffmann-Terroristen beim Killertraining. Strauß und seine Partei verfügen über weitverzweigte Kontakte in die neofaschistische Szene.

Rubin war auch Aktivist in terroristischen Banden, die noch weit rechts von der NPD stehen, so etwa der **Aktion Oder-Neiße** (AKON) und der **Aktion Deutscher Osten** (ADO). 1971 geriet dieser Rubin in die Schlagzeilen, als er sich von seinen faschistischen Kumpanen entführen ließ. Nach eigenem Bekunden der Neonazis wollte man die Scheinentführung den Linken in die Schuhe schieben und so die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein beeinflussen. Diese Provokation war schon nach dem gleichen Muster gestrickt wie das Massaker von München.

Die Strauß-Partei legte schon damals ein offenes Bekenntnis zu ihren faschistischen Freunden ab. Der „Bayernkurier" schrieb: „Freundeskreise der CSU — wer wollte leugnen, daß hier sich ein altes Bedürfnis artikuliert und in höchst bescheidenem Umfang organisiert hat? Strauß genießt als Bundespolitiker hohes Ansehen, die CSU bietet vielen vielleicht eine engere Heimat." Letzteres war an die Adresse der CDU gerichtet, die sich damals an manchen Orten noch scheute, derart offen mit den Neofaschisten zu paktieren. Strauß jedoch hatte niemals Bedenken dabei, den Nazis in seiner Partei eine Heimat zu bieten.

Er hatte auch nichts dagegen, wenn sich Mitglieder der CSU gemeinsam mit Nazis an der Bildung von faschistischen Initiativen oder Organisationen beteiligten. Ein Beispiel für eine solche Gemeinschaftsgründung ist eine der von ihrem Einfluß her bedeutendsten Gruppierungen des neofaschistischen Sumpfes: **die Deutsche Volksunion.** An ihrer Wiege standen der CSU-Mann Emmerich Giel und der faschistische Multifunktionär Gerhard Frey, unter anderem Herausgeber des Nazi-Hetzblattes „Deutsche National-Zeitung". **Frey gehört auch zum Fördererkreis der Wehrsportgruppe Hoffmann und ist somit einer der Finanziers dieser Bande.** Eine üble Rolle spielte Frey im Herbst 1978 als Boß eines sogenannten Freiheitlichen Rates, in dem mehrere faschistische Banden zusammengefaßt waren (unter anderem: Deutsche Volksunion, Wiking-Jugend, AKON, Stahlhelm — Kampfbund für Europa).

Mit Faschisten für Generalamnestie

Der **Freiheitliche Rat** konzentrierte sich auf eine Hetzkampagne für eine Generalamnestie aller Naziverbrecher, wobei provokativ die Nazi-Diktatur verherrlicht und ihre grausamen Verbrechen beschönigt wurden. Zu den ersten Unterzeichnern eines entsprechenden Aufrufs für die Generalamnestie gehörten führende CSU-Leute. So etwa der frühere Bundestagsabgeordnete Walter Eckhard und der Fürther Stadtrat Hans-Jürgen Witzsch. Letzterer hatte sich auch zuvor schon einschlägig betätigt. So hatte er öffentlich erklärt, die Gaskammer im KZ Dachau sei nach der Befreiung von den Amerikanern zu Propagandazwecken eingebaut worden. Vor dem Kreisverband der CSU hielt er einen Vortrag mit dem bezeichnenden Titel „Verbrechen an Deutschen in Osteuropa zwischen 1939 und 1950". Es ist sicher kein Zufall, daß die terroristische Hoffmann-Bande gerade im Wirkungsbereich des CSU-Mannes Witzsch ihre Tätigkeit besonders gut entfalten konnte.

Eine besondere Rolle bei der Entfaltung faschistischer Propaganda und bei der Vermittlung zwischen CSU und den neofaschistischen Gruppierungen spielt die **Deutschlandstiftung e.V.** Eines ihrer Gründungsmitglieder ist Erich Maier, Mitglied des oben erwähnten Witikobundes. Ihr Schatzmeister ist Günther Ossmann, Intimus und Anwalt von Franz Josef Strauß. Das Sprachrohr dieses Vereins ist das **Deutschland-Magazin**, über das Strauß selbst sagte: „Im Deutschland-Magazin erblicke ich ein journalistisch-publizistisch gelungenes Blatt, das, im wohlverstandenen Sinne, patriotisch-freiheitlich-demokratischen Kräften Stimme leiht."

Was sind das nun für Kräfte? Zunächst einmal Strauß höchstpersönlich sowie seine engsten Gefolgsleute aus der CDU wie Biedenkopf oder Wörner — sie alle schreiben für das „Deutschland-Magazin". Und daneben schreiben — in dem gleichen „patriotisch-freiheitlich-demokratischem" Geist etwa der NPD-Bundestagskandidat Münch, der berüchtigte Faschist Thies Christophersen, Autor der Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge". Im „Deutschland-Magazin" veröffentlicht auch ein Axel Heinzmann, der den Antifaschisten im schwäbischen Raum gut bekannt ist. Dieser Heinzmann fungiert als Vorsitzender des **Hochschulrings Tübinger Studenten**, einer Nazi-Vereinigung, die eng mit der Hoffmann-Bande zusammenarbeitet. Im Dezember 1976 beispielsweise wollten die Hoffmann-Bande und die Heinzmann-Leute gemeinsam eine Propaganda-Veranstaltung für das damalige rassistische Regime in Rhodesien durchführen. Hoffmann war als Redner vorgesehen, und es spricht viel dafür, daß er damals auch Söldner für das Smith-Regime werben wollte.

Als Antifaschisten gegen diese Provokation protestierten, wurden sie von den Banditen um Hoffmann und Heinzmann mit Stahlruten zusammengeschlagen. Die Prozesse, die sich aus diesem Terrorakt entwickelten (die Klassenjustiz urteilte dabei übrigens auch drei Antifaschisten ab!) benutzten Hoffmann und Heinzmann — vom Gericht ungestört — für weitere faschistische Provokationen. Offenbar sind während dieser Prozesse auch die Verbindungen von Gundolf Köhler, einem der Mörder von München, zur Hoffmann-Bande geknüpft oder zumindest erneuert worden.

Und mit Heinzmann, dem engen Kumpan der Massenmörder vom Oktoberfest, findet sich ein Franz Josef Strauß einträchtig als Zuarbeiter für die neofaschistische Deutschlandstiftung zusammen. Angesichts dieser Gemeinsamkeiten verwundert es dann kaum noch, daß Heinzmann — der früher einmal auf der CDU-Liste für den Tübinger Gemeinderat kandidierte — ein glühender Verehrer des Führers aus Bayern ist und in der schwäbischen Universitätsstadt eine CSU-Freundesgruppe gründete.

So sitzt Franz Josef Strauß wie eine Spinne im Netz der reaktionären und faschistischen Gruppierungen in diesem Land. Was hier aufgezählt wurde, ist nur ein Teil der Fäden, die er dabei in der Hand hält. Völlig unberücksichtigt blieben dabei die engen Verbindungen, die von Strauß und seiner Partei zu faschistischen Organisationen im Ausland unterhalten werden. Aber auch die hier angeführten Tatsachen bestätigen, was wir nach dem Bekanntwerden der Strauß-Kandidatur im „Roten Morgen" schrieben: **„Bedenkt man, daß die CSU sozusagen als Kaderpartei der aggressivsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals große Macht und Einfluß weit über Bayern hinaus besitzt, so ist es nicht verkehrt zu behaupten, daß die CSU gewissermaßen der organisatorische Kern aller Reaktionäre und Faschisten in unserem Land ist. Franz Josef Strauß ist ihr Führer."**




Blutsbrüderschaft

Am 31.3.75 verschickte die Münchner HIAG (Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) ein Schreiben an ihre Mitglieder, das wir hier auszugsweise veröffentlichen:

„Liebe Kameraden!

Angesichts der von Sozialdemokraten und andern linken Chaoten verursachten inneren Lage Deutschlands rufen wir Euch auf:

Unterstützt allseitig und in Treue zu Deutschland die Bemühungen des CSU-Vorsitzenden Dr. Franz Josef Strauß, sich an die Spitze unseres deutschen Vaterlandes zu stellen und es zum Vereinigten Europa zu führen!... Die volle europäische Wahrheit ist die, daß seit Hunderten von Jahren die Völker dieses Erdteils immer wieder Schulter an Schulter angetreten sind, um die Gefahr aus dem asiatischen Osten zu bannen. Und so war es auch von 1941 bis 1945... Durch Verrat verloren wir den Krieg.

Das aber, Kameraden von der Waffen-SS, verpflichtet erst recht, den Kampf um die europäische Einigung mit die unseren eigenen Willenskraft und Siegeszuversicht zu führen. An unserer Seite, Schulter an Schulter mit uns, steht Dr. Franz Josef Strauß. Seine energischen Taten wie auch gleichsam seine Berufung zur Führernatur bedeuten die Fortsetzung unserer auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs begonnenen Sache.

Unsere Ehre heißt Treue!"

Strauß über Hoffmann

„...dann soll man ihn in Ruhe lassen"

Im März dieses Jahres gab Strauß dem französischen Fernsehen TF 1 ein Interview, in dem er gegen das vom Bundesinnenminister verfügte Verbot der Hoffmann-Bande zu Felde zog. Im folgenden einige Auszüge.

Strauß: ...Jetzt gibt es keine Gefahr mehr von rechts, weder heute noch in der nahen Zukunft. Sie haben vielleicht die Aktion verfolgt, die gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann unternommen worden ist...

TF 1: Ein Irrer...

Strauß: Ja. Die Behörden haben diese Maßnahmen ergriffen, weil man sich sagte: "Diese Idioten müssen ausgeschaltet werden. Sie müssen außerstande gesetzt werden, Schaden anzurichten." Ich habe der Regierung eine Frage gestellt, ich wollte wissen: "Wieviele Personen haben Sie bei dieser Operation verhaftet?" Antwort: "Keine einzige Verhaftung". Ich habe gesagt: "Warum? Sind sie geflüchtet?" Antwort: "Nein."

Und doch sind diese Männer als eine große Gefahr dargestellt worden... Wenn niemand von diesem Schwachkopf (Hoffmann, RM) reden würde, wer würde seine Existenz bemerken? Gut. Warum hat man niemand verhaftet? Weil es keinen Beweis gibt, daß sie ein Delikt begangen hätten. Ihr Panzerwagen hat keinen Motor und keine Räder, man kann diese Art Maschine bei irgendeiner Werkstatt oder einem Schrotthändler kaufen. Alte Jeeps können sie so viele kaufen wie sie wollen. Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenem "Battle Dress" (Kampfanzug) spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.



Streikposten mit ihren Transparenten vor dem Verwaltungsgebäude der SUTIN.

Zu Gast bei mexikanischen Arbeitern

Volkskorrespondenz aus Mexiko

Wir setzen hier den Abdruck des Reiseberichtes einer Leserin des „Roten Morgens" fort, mit dem wir in der letzten Ausgabe begonnen hatten.

Eine Woche später: Besuch bei Pedro, ebenfalls Arbeiter bei Mexicana. Pedro wohnt mit seiner Familie in einer Colonia im Westen von Mexico City, an einer der architektonisch noch erkennbaren „Nahtstellen" zwischen der früheren Stadtgrenze von M.C. und einer der in der Zwischenzeit eingegliederten Kleinstädte. Diese Colonia war nicht wie im Norden und Süden der Stadt an den M.C. umgebenen Hügeln „geklebt", sondern ein ebenerdiger Straßenblock. Ein schmaler Gang führte zwischen den Häuserblocks zu Pedros „Reihenhaus": Eineinhalb Zimmer, zusammen ca. 15 Quadratmeter, die Gemeinschaftstoilette liegt auf dem Hof.

Pedro ist Vertrauensmann seiner Abteilung und arbeitet mit an der „hormiga" (Ameise) der wöchentlich erscheinenden betrieblichen Gewerkschaftszeitung.

Pedro berichtete uns vom letzten Streik im April: Über 57 Tage kämpften die Arbeiter von Mexicana für eine Lohnerhöhung über die staatlich festgelegte Höchstgrenze von 24 Prozent hinaus. (Diese für unsere Verhältnisse hohe Lohnforderung ist Ausdruck der immensen Inflationsrate. 24 Prozent Lohnerhöhung gleichen aber nicht die Preissteigerungen aus.)

Der Streik war langfristig vorbereitet. Schon Monate vorher hatten die Arbeiter einen Kampffond eingerichtet, in den jeder Arbeiter wöchentlich 50 Pesos (ca. 4 Mark) zahlte, da die Gewerkschaften, in denen „automatisch" alle Arbeiter eines Betriebes organisiert sind, bei den langandauernden Streiks nicht in der Lage sind eine ausreichende Unterstützung für die Streikenden zu zahlen.

Während des Streiks fuhren die nicht Streikposten stehenden Kollegen in alle Stadtteile — verteilten von anderen Betrieben selbstgedruckte Flugblätter, um Unterstützung für ihren Kampf zu bekommen, sammelten Geld und Lebensmittel, malten Parolen, kurz: Alle streikenden Kollegen waren aktiv am Streik beteiligt.

Der Streik endete ohne Sieg für die Arbeiter, aber wie Pedro einschätzte auch ohne Niederlage. Sie konnten die staatliche Lohnerhöhungsgrenze nicht sprengen — aber alle Arbeiter waren bis zum Ende des Streiks aktiv daran beteiligt.

Noch heute stehen die Forderungen der Mexicana-Arbeiter an vielen Mauern der Stadt. Der Chef von Mexicana ließt die Parolen, die groß auf der Mauer gegenüber dem Betriebsgelände stehen, zuhängen, damit sie ihm nicht täglich störend ins Auge fallen.

Während der drei Wochen, die ich hauptsächlich in Mexico City verbrachte, erlebte ich es beinahe täglich, daß an den großen Straßenkreuzungen in der Innenstadt, aber auch in den Außenbezirken, streikende Arbeiter mit Flugblättern und Sammeldosen bei der Rotphase der Ampeln die Autofahrer ansprachen und Unterstützung ihres Kampfes forderten. Unzählige Betriebe streikten, manche seit Wochen — alle mit dem Ziel die Lohngrenze von 24 Prozent zu sprengen. Es sind die „Charros", die Gewerkschaftsbonzen, die es bisher erfolgreich zu verhindern wußten, daß die vielen betrieblichen Streiks zu einem viel mächtigeren Streik zusammengefaßt wurden.

Die Notwendigkeit einer revolutionären Gewerkschaftsopposition war für mich noch nie so einsichtig wie hier. Einer RGO, die in der Lage ist, die Verbindung zwischen den Arbeitern, die in über 300 Einzelgewerkschaften organisiert sind, herzustellen und schlagkräftig die zahlreichen jetzt noch spontanen Streiks und Kämpfe zusammenzufassen.

Pedro lud uns ein, am kommenden Wochenende seine Familie und sein Dorf im Süd-Westen Mexicos zu besuchen, doch darüber später.



Es lebe der Streik der Telefonisten!

Hafenarbeiter in Hamburg:

Erfolg der Einigkeit

Brief der RGO Hamburger Hafen

Die RGO in der ÖTV des Hamburger Hafens sandte uns einen Brief mit einige Korrekturen zum Bericht im „Roten Morgen" vom 26. September, den wir hier veröffentlichen. Mitgeschickt haben uns die revolutionären Gewerkschafter aber auch ein Flugblatt ihrer Gruppe, in dem der erfolgreiche Kampf gegen eine Verschlechterung der Schichtarbeitsbedingungen analysiert wird.

Liebe Redaktion,

einige Punkte, die im RM-Bericht vom 26.9. nicht ganz richtig dargestellt sind:

1. Eine feste Pflicht-Nachtschicht **gibt es seit langem** bei uns, die braucht nicht eingeführt zu werden. Und zwar lief es bis zu der abgeschlossenen Betriebsvereinbarung (und nach unserem Erfolg läuft es in Zukunft ähnlich weiter!) so:

Montag bis Freitag arbeiten wir normal 1. Schicht von 6.50 Uhr bis 15.00 Uhr. **Einmal** die Woche von Montag bis Freitag kann die Firma uns von der 1. auf die 3. Schicht „umsetzen", das heißt man erfährt in der 1. Schicht, daß man abends um 23.10 Uhr (am Burchardkai-Container-Terminal **bisher** um 1.00 Uhr) wieder zu erscheinen hat. Die Nachtschicht geht dann bis 6.50 Uhr morgens. Diesen Tag hat man dann „frei" und muß am darauffolgenden Tag wieder zur 1. Schicht erscheinen. **Diese Regelung wollen die Kollegen beibehalten.**

Die HHLA will eine „ständige Nachtschicht" von Montag bis Freitag von 23.10 Uhr bis 6.50 Uhr **(wie in der BV)** und zwar bisher **nur** für den Container-Terminal! Zusätzlich konnten die Kollegen bisher freiwillig auf 3. Schicht gehen! Alles andere ist **Verpflichtung.**

2. Ich habe auf der ersten großen Pausenversammlung **nicht** den Rücktritt des Betriebsratsvorsitzenden Soltau gefordert, sondern des **gesamten Betriebsrates** mit anschließender Neuwahl.





EIN ERFOLG DER EINIGKEIT

Freitag früh um 10.15 Uhr mußte der Vorstand der HHLA einlenken. Er mußte einer Regelung zustimmen, über die er drei Wochen lang überhaupt nicht einmal diskutieren wollte: die Ständige III. Schicht ist für fast 2 Monate bis zum 29.11.80 ausgesetzt. In dieser Zeit wird probeweise weiter tageweise von der I. auf die III. Schicht vermittelt. Der genaue Text steht auf der Seite 4.
Dieses Ergebnis ist alleine auf den großartigen Kampf der Kollegen vom Burchardkai und die Solidarität vieler anderer HHLA-Kollegen zurückzuführen. Eine rechtsgültige Betriebsvereinbarung ist damit erstmal vom Tisch gefegt. Und wir hatten starke Gegner, denn hinter der "Vorreiterin" HHLA stand der Unternehmensverband und die anderen Hafenfirmen, nicht nur in Hamburg. Sie alle mußten jetzt erstmal den Schwanz einziehen, weil die Kollegen standhaft wie nie

Freitag früh um 10.15 Uhr mußte der Vorstand der HHLA einlenken. Er mußte einer Regelung zustimmen, über die er drei Wochen lang überhaupt nicht einmal diskutieren wollte: die ständige 3. Schicht ist für fast zwei Monate bis zum 29.11.80 ausgesetzt, in dieser Zeit wird probeweise weiter tageweise von der 1. auf die 3. Schicht vermittelt. Der genaue Text steht auf der Seite 4.

Dieses Ergebnis ist allein auf den großartigen Kampf der Kollegen vom Burchardkai und die Solidarität vieler anderer HHLA-Kollegen zurückzuführen. Eine rechtsgültige Betriebsvereinbarung ist damit erstmal vom Tisch gefegt. Und wir hatten starke Gegner, denn hinter der „Vorreiterin" HHLA stand der Unternehmensverband und die anderen Hafenfirmen, nicht nur in Hamburg.

Die Verweigerung der freiwilligen Mehrarbeit war eine scharfe Waffe. Diese Kampfmittel hat die HHLA und den Hamburger Hafen empfindlich getroffen. Fast drei Wochen haben das annähernd 100 Prozent der Kollegen des Burchardkais durchgehalten. Für viele ist das ein großes Opfer gewesen, manche mußten sich sogar Kleinkredite aufnehmen, um mit dem kargen Grundlohn über die Runden zu kommen.

UND TROTZDEM HABEN SIE DURCHGEHALTEN!

Und sie hätten auch weiter durchgehalten! Wir können von hier aus nur unsere Hochachtung vor **allen** Kollegen zum Ausdruck bringen, die sich nicht heraus„kaufen" ließen.

Selbst viele Kollegen haben nicht an diesen ersten Erfolg geglaubt: „Die haben doch den längeren Arm, wir halten das nicht lange durch und... die Kollegen kriegst du doch nicht unter einen Hut!" Sie sind jetzt hoffentlich eines besseren belehrt und haben mal gesehen, **wozu wir Arbeiter in der Lage sind, wenn wir uns einig sind!**

Leider gab es auch bis zum Schluß noch einige Betriebsräte wie zum Beispiel Gisela Tilschner, die insofern zersetzend gewirkt haben, indem sie behaupteten: „Diese Betriebsvereinbarung kriegen wir sowieso nicht vom Tisch!" Auch solche mußten sich durch die Kraft der Kollegen eines anderen belehren lassen.

Letztendlich entscheidend für das Einlenken der HHLA und auch des Unternehmensverbandes, dessen Präsident ja Helmut Kern ist, ist aber wohl gewesen, daß die Kollegen am Burchardkai am letzten Freitag **noch schärfere Maßnahmen** als die Verweigerung der Mehrarbeit ergreifen wollten.

Es ist kein Geheimnis (auch der Vorstand wußte davon!), daß es im Anschluß an die Pause am Freitag zu einem Warnstreik gekommen wäre, wenn die HHLA nicht eingelenkt hätte. Sämtliche Kollegen am Burchardkai waren darauf vorbereitet.

Jeder wußte auch, daß sich viele Kollegen bereit erklärt hatten, mit vier Wochen Kündigung aus dem Wochenend-Team auszusteigen, um den Kampf gegen die ständige 3. Schicht damit zu unterstützen. Dann wäre auch am Wochenende die minimalste Schiffsabfertigung nicht mehr gewährleistet gewesen — und gerade dann kommen ja die meisten großen Vollcontainer-Schiffe! — und das hätte die HHLA am Nerv getroffen. Auch diese Kollegen waren zu großen persönlichen Opfern bereit und vielleicht hat alleine diese Drohung letztlich den Ausschlag für das Einlenken des Vorstandes gebracht.

Dennoch ist der Kampf nicht endgültig gewonnen!

Eine rechtsgültige, vom Vorstand und dem Betriebsrat unterzeichnete Betriebsvereinbarung, ist durch den Kampf der Kollegen erstmal ausgesetzt. Der Einstieg in die Conti-Schicht ist der HHLA erstmal verbaut. Das ist ein großer Erfolg **und im Moment auch das Wesentliche!** Aber wir alle wissen, daß die Regelabsprache nur bis zum 29.11.1980 gilt. Bis dahin läuft der „Test"...

Strauß im Zoo

Volkskorrespondenz aus Wuppertal

Mitte August setzten sich mehrere Leute, darunter auch Mitglieder der VOLKSFRONT zusammen. Ihr Ziel war es, vom anachronistischen Zug inspiriert, auch in Wuppertal etwas auf die Beine zu stellen. Ein Demonstrationszug mit schaustellerischen Elementen, der sich sowohl gegen Strauß richtet, als auch gegen alle anderen reaktionären Entwicklungen, von denen ein großer Teil auch von der SPD/FDP initiiert wurde.

Dieser Zug sollte am 3. Oktober, dem Datum des Strauß-Besuches in Wuppertal stattfinden. Zur Vorbereitung organisierten wir einen Informationsabend, an dem ein Film über den anachronistischen Zug in Bonn gezeigt wurde (anläßlich der Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten) und über unser Vorhaben informiert.

Mit Flugblättern und Schreiben an alle Initiativen und Organisationen hatten wir dazu eingeladen. Es kamen ungefähr 50 bis 60 Interessenten, von denen der allergrößte Teil dann auch bei den Vorbereitungsarbeiten teilnahm. Es wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die zu verschiedensten Themen Sketche, Pappfiguren, Transparente und so weiter herstellten. So zum Beispiel zur Rekrutenvereidigung, zu Strauß, zur Diskriminierung der Ausländer, zum Prozeß gegen die Besetzer der Adler-Brauerei in Wuppertal und anderen Themen.

Ende September wurde dann plötzlich bekannt, daß die DKP am 3. Oktober auch eine Demonstration durchführen wollte. Als wird daraufhin bei der DKP anfragten, warum sie sich nicht früher mit uns zusammengesetzt hatten um eine gemeinsame Aktion durchzuführen, wurde behauptet, die DKP habe von nichts gewußt. Aber natürlich hatten wir sie auch angeschrieben und dies war also eine Lüge.

Die Polizei wollte die Demonstration zuerst verbieten, erlaubt sie später aber doch, allerdings unter schweren Auflagen. So mußte auch der geplante Weg des Demonstrationszuges völlig geändert werden. Er sollte angeblich bis zum Stadion Zoo führen, wo die Strauß-Versammlung stattfand, durfte dann aber nur bis auf vier bis fünf Kilometer heran. In der örtlichen Presse wurde entsprechend gehetzt, gegen die „Linksextremen" wie sie uns bezeichneten.

An der Demonstration selbst nahmen dann zwischen 300 und 400 Menschen teil — durch die spalterische Aktion der DKP war diese Zahl recht gering. Zahlreiche Transparente, Pappfiguren und -köpfe wurden im Zug mitgeführt. Während drei verschiedener Kundgebungen wurden die verschiedenen Sketche und kleinen Straßentheaterstücke aufgeführt, was auf großen Anklang stieß. Mitglieder der VOLKSFRONT hatten einen Informationsstand organisiert und verbreiteten Flugblätter zur Bundestagswahl, die von der Bevölkerung interessiert aufgenommen wurden. Nach der Abschlußkundgebung gingen die meisten der Teilnehmer zum Stadion Zoo, zur Strauß-Versammlung.

Das Stadion war mit Hunderten von Polizisten, von denen einige auch aus Unna angekarrt waren, in eine wahre Festung verwandelt worden. Aber viele Strauß-Gegner waren im Stadion Zoo (nach Schätzungen etwa ein Viertel der 20000 Teilnehmer, die Red.). Mit ihrem Pfeifkonzert machten sie es Strauß schwierig zu Wort zu kommen.

Leitartikel von „Zeri i Popullit"

Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik muß Albanien die Reparationen bezahlen

Münchner Attentat ist eine Warnung

Am 1. Oktober veröffentlichte das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zeri i Popullit", einen Leitartikel, in dem, ausgehend von den aktuellen Ereignissen abermals die berechtigte Forderung nach Reparationszahlungen für die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht in Albanien erhoben wurde. Das Erscheinen dieses Artikels wurde auch in der westdeutschen Presse ausführlich gemeldet. Damit wurde die in einigen Blättern geführte Kampagne widerlegt, Albanien sei zur Aufgabe prinzipieller Positionen bereit. Wir bringen den Artikel in eigener Übersetzung aus dem Englischen, entnommen der albanischen Nachrichtenagentur ATA.

Am 26. September wurde in München in der Deutschen Bundesrepublik ein blutiger faschistischer Anschlag verübt. Auf dem Oktoberfest explodierte eine starke Bombe, die zahlreiche unschuldige Opfer fand, zwölf Tote und 211 Verletzte.

Diese schwere Provokation ist eine klare Warnung, daß der Nazismus, der von der westdeutschen „demokratischen Ordnung" niemals ausgerottet wurde, wieder sein Haupt erhebt. Und er taucht in derselben Weise wieder auf, wie bei der schweren Krise der 30er Jahre, als Hitler und seine faschistischen Banden, die Herren der Cafés, Clubs und Biergärten Bayerns waren. Heute wie damals sind München und Nürnberg die Hauptnester der Nazis und ihrer bewaffneten Gruppen. Eine der wichtigsten dieser Gruppen ist die Hoffmann-Gruppe, die, wie aus der Voruntersuchung der Bundesanwaltschaft hervorgeht, Vollstrecker dieses scheußlichen Verbrechens war. Unter dem Deckmantel militärischer und wehrsportlicher Aktivitäten haben diese und andere Gruppen Hunderte neuer Nazis um sich gesammelt, die, in Uniformen der früheren SS gekleidet, für zukünftige Angriffe trainieren. Diese Aktivitäten werden trotz angeblicher verfassungsmäßiger und gerichtlicher Verbote in aller Öffentlichkeit ausgeführt.

Alle Tatsachen beweisen dies: Der Hitler-Faschismus wird reaktiviert und erhebt in der Deutschen Bundesrepublik sein Haupt, und er will sich die Straße zur Macht durch Gewalt und Terror ebnen. Wie gestern wird er auch morgen vor keinem Verbrechen und keiner Provokation zurückschrecken, um seine Ziele zu erreichen. Das Münchner Attentat ist eine Warnung vor den Massenmorden und Zerstörungen, die sie begehen werden, wenn sie an die Macht kommen.

Der neue deutsche Nazismus, diese Sturmtruppe der reaktionären Bourgeoisie, teilt seine Schläge aus und findet seine Opfer zu einer Zeit, da die zahlreichen Wunden und Nöte, die der alte Nazismus anderen Völkern und Ländern beigefügt hat, noch nicht geheitl sind. Die Welt wird das Unglück niemals vergessen, das der deutsche Nazismus der Menschheit beschert hat. Wir Albaner haben die inhumanen, barbarischen Akte, die Massenmorde und Zerstörungen durch die Hitlerianer stets gegenwärtig. Die Nazi-Horden fielen wie eine Plage in unser Land ein. Sie töteten und massakrierten die Menschen, walzten ganze Dörfer nieder, verbrannten und zerstörten alles: Häuser, Brükken, Kraftwerke, Fabriken, jagten Ölquellen und Minen in die Luft, beschädigten Lebensmittel und so weiter. Sie raubten unser Währungsgold und andere Schätze. Das waren für ein kleines und wirtschaftlich unterentwickeltes Land, wie es unseres damals war, große Schäden. Trotzdem, während die anderen Länder für alle Schäden während des Krieges von Deutschland Reparationen bekamen, bis hin zu Renten für von der Nazi-Besatzungsmacht Beschäftigte, haben die verschiedenen Regierungen, die seit 35 Jahren in Bonn an die Macht kamen, diese Schäden unserem Volk nicht bezahlt. Unter verschiedenen Vorwänden haben diese Regierungen versucht, die Verpflichtung, diese Reparationen zu bezahlen, zu leugnen.

Diese ungerechte und diskriminierende Haltung ist vollkommen unentschuldbar und ungesetzlich. Nichts, keine deutschen Gesetze oder die innere Lage noch die Haltung verschiedener wirtschaftlicher, finanzieller oder politischer Gruppen noch irgendwelche internationalen Übereinkommen oder Abkommen können die Haltung der deutschen Regierung, ihre Schuld an Albanien nicht zu bezahlen, rechtfertigen. Je mehr Zeit vergeht, desto größer wird diese Schuld. Unser Volk erkennt kein Gesetz, kein internaltionales Abkommen an, das es daran hindert, seine Rechte durchzusetzen, das seine gerechten Ansprüche ignoriert und mit Füßen tritt.

Diejenigen, die solche Gesetze und Abkommen ausgearbeitet haben, die die Deutsche Bundesrepublik von der Pflicht zur Reparationszahlung freisprechen, haben dies getan, nachdem ihre eigenen Forderungen erfüllt waren. Andererseits wurde die Regierung der Deutschen Bundesrepublik von niemandem daran gehindert, Reparationen an andere Länder zu bezahlen, sowohl vor als auch nach dem Erlaß sogenannter Gesetze, die angeblich die Zahlung von Reparationen verhindern.

Die Ungerechtigkeit, die am albanischen Volk begangen wurde, ist verurteilenswert und steht im Gegensatz zu den allerbekanntesten Prinzipien und Normen des internationalen Rechts. Welche wirtschaftlichen, finanziellen oder politischen Gruppen auch immer in diesem Lande herrschen werden, die albanische Regierung wird, wie stets, von der westdeutschen Regierung — und nur von ihr — die Lösung der Reparationsfrage so schnell als möglich offiziell verlangen. Wenn die westdeutsche Regierung versucht, durch verschiedene Manöver und Ausreden die Lösung dieser Frage zu verschieben, wird Albanien sich damit nicht abfinden.

Albanien hat das Recht, die Frage der ihm zustehenden Reparationen vor die entsprechenden internationalen Gerichte zu bringen, um dafür zu sorgen, daß seine Rechte nicht mit Füßen getreten werden. Das dokumentarische Material über die Verbrechen und Zerstörungen der Hitlerianer gegen unser Volk ist schon fertiggestellt.

Die Verschiebung der Lösung dieses Problems und die Wiederbelebung der Nazi-Aktivität in der Deutschen Bundesrepublik machen uns immer entschlossener und entschiedener in der Verwirklichung unseres Rechts, während die Sturheit der westdeutschen Herrscher unangenehme Folgen für ihr Land haben wird.



Nazi-Mörder mit ihren albanischen Opfern im Winter 1943/44.

Aus der Produktion des mechanischen Werkes in Stalinstadt: Dort werden Anlagen und Bohrsonden für die Erdölindustrie hergestellt. Die Skala reicht bis zu Sonden für 5000 Meter tiefe Bohrungen.

Große wirtschaftliche Fortschritte erzielt

TIRANA. — Sowohl für die Energiewirtschaft als auch für die Landwirtschaft berichtete die albanische Presse in den letzten Wochen über bemerkenswerte Fortschritte und gab neue Planungen in diesen Bereichen bekannt.

In den bisherigen Fünfjahresplänen seit der Befreiung Albaniens wurde das bebaubare Land um das Zweieinhalbfache gesteigert. Waren vor 35 Jahren nur 10 Prozent des Ackerlandes künstlich bewässert, so ist dieser Anteil jetzt auf über 60 Prozent gesteigert, womit Albanien in Europa einen der vorderen Plätze einnimmt. Dieser Anteil soll in den beiden nächsten Plänen auf über 80 Prozent gesteigert werden.

Besondere Fortschritte aber wurden in der Mechanisierung gemacht. In den letzten zwanzig Jahren stieg die Zahl der Traktoren auf das Viereinhalbfache, die Zahl der Dreschmaschinen um das Siebenfache. Mit der Fertigstellung des Enver-Hoxha-Werkes für Maschinen und Traktoren wurde die Grundlage für eine weitere starke Steigerung des Mechanisierungsgrades der Landarbeit gelegt, ebenso wurden auch mehrere andere Werke für Landmaschinen im letzten Fünfjahrplan errichtet oder ausgeweitet.

Mit der Steigerung der Bewässerung, dem Aufbau einer starken Maschinenbasis in der Landwirtschaft und der Steigerung der Produktion chemischer Hilfsmittel wurde die albanische landwirtschaftliche Produktion seit 1960 um das Dreifache gesteigert.

In der Energiewirtschaft zeigt die Bilanz eine weitere Erhöhung der exportierten Elektrizität. Die Elektrizitätserzeugung im Jahre 1979 war 15,3 mal höher als jene des Jahres 1960, wobei der Anteil der aus Wasserkraft erzeugten Elektrizität sogar um das 20,4fache anstieg.

In einem Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit" betont der Vorsitzende der albanischen staatlichen Planungskommission, Petro Dode, daß Partei und Regierung gerade in der Wasserkraft eine große Reserve dafür sehen, die Energiewirtschaft des Landes weiter auf einem unabhängigen Kurs zu stärken.

Aber auch in der Kohle- und Ölförderung gab es beträchtliche Produktionssteigerungen.

Die Kohleförderung im Jahre 1980 beträgt das Fünffache des Jahres 1960 und das Zweieinhalbfache des Jahres 1970. Große Anstrengungen wurden und werden auch unternommen, um die Entdeckung von Lagerstätten von Kohle, Erdöl und Erdgas weiterzutreiben. Neben den Arbeitskollektiven der Energieindustrie sind auch zahlreiche Wissenschaftler an verschiedenen Sektoren der Staatsuniversität von Tirana mit diesen Arbeiten befaßt.

Volkshochschule Essen

Kurs über albanische Musik

Ab 18. November beginnt an der Volkshochschule in Essen ein Kursus über albanische Musik

Unter dem Titel „Musik der Skipetaren" leitet Gerhard Stäbler diesen Kurs, der achtmal, jeweils Dienstagabend von 20.15 Uhr bis 21.45 Uhr, stattfinden wird.

Anmeldungen bei der Volkshochschule Essen, Kurs Nummer 7309.

Im Anschluß an den Kurs ist eine Studienreise für Interessenten geplant, die Ostern 1981 stattfinden soll und unter dem Motto „Musikleben in Albanien" stehen wird.

Albanischer Staatshaushalt 1980

Nur 1,5 Prozent der Staatsausgaben für die Verwaltung

Wer gerade jetzt im Wahlkampf die großen Debatten über Staatsverschuldung erlebt, mag sich fragen, wie diese wohl zustandekommt. Der Staatshaushalt, den die Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien im Februar für 1980 beschloß, zeigt, daß es anders geht im Sozialismus.

Das verabschiedete Gesetz über den Staatshaushalt 1980 sieht Einnahmen von 8 Milliarden Lek vor. Dem stehen Ausgaben von 7,95 Milliarden Lek entgegen.

Die Investitionen für den wirtschaftlichen Aufbau (Industrie, Landwirtschaft, Verkehr usw.) stellen dabei den größten Ausgabenposten dar: 4,82 Milliarden Lek werden dafür aufgewandt, rund 60 Prozent der gesamten Ausgaben.

Rund 1,92 Milliarden Lek betragen die staatlichen Ausgaben für den Kultur- und Sozialsektor, etwa ein Viertel der gesamten Ausgaben.

Für die Landesverteidigung werden 0,9 Milliarden Lek ausgegeben, rund 11,5 Prozent der Staatsausgaben.

Für die Verwaltung schließlich werden 118 Millionen Lek aufgewandt, umgerechnet 1,5 Prozent des Staatshaushaltes.

Vergleicht man im besonderen den Prozentsatz der beiden letzten Ausgabenpunkte mit dem Staatshaushalt der Bundesrepublik Deutschland, so wird schnell einiges über den unterschiedlichen Charakter eines Arbeiterstaates klar: Armee und Volk zur Landesverteidigung organisiert, brauchen keine immer teureren Offensivwaffen, und eine Verwaltung, die nicht als Bürokratie zur Unterdrückung der Werktätigen dient, kann sehr klein sein...

Nicht enthalten im Staatshaushalt sind die Ausgaben der Betriebe selbst, ihre Neuinvestitionen und Einrichtungen.

(Die Angaben entnahmen wir den „Albanischen Heften" Nr. 1/1980, der Zeitschrift der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. — DAFG).

Albanischer Stand bei der Buchmesse

Der albanische Buch- und Filmvertrieb beteiligt sich auch in diesem Jahr an der Frankfurter Buchmesse.
Der Stand befindet sich:
Halle V, Gang D, Nummer 941.
Die albanische Delegation lädt ein.

Nach zwei Wochen Krieg ist die Euphorie dahin

Harter iranischer Widerstand am Schatt el Arab

Hektische Aktivitäten der USA in der Golfregion

TEHERAN/BAGDAD. — Mindestens viermal ist die iranische Stadt Chorramschahr bereits von der irakischen Armee eingenommen, glaubt man der Propaganda aus Bagdad. Tatsache aber ist, und das hat sich in der zweiten Kriegswoche gezeigt, daß der Widerstand der iranischen Armee von jenen Kräften, die den irakischen Angriff provoziert haben, unterschätzt wurde.

Die anfänglichen Berichte über einen schnellen Vormarsch der irakischen Armee gehören der Vergangenheit an. Es stellt sich heraus, daß dieser Vormarsch so niemals stattgefunden hat. Der irakische Überfall wurde noch vor den Städten Chorramschahr, Abadan, Ahwahz, und wie die angeblich eroberten Städte alle heißen, zum Stillstand gebracht.

Dementsprechend hat sich auch die Propaganda über die Ölversorgung geändert. Als nur die Raffinerien bei Abadan brannten, wußte die Presse nur Beruhigendes zu vermelden. Erst seit der Iran zurückschlug und seinerseits die Ölproduktion in Basra angriff, wird von einer drohenden Verknappung gesprochen.

neues Schah-Regime.

Vor diesem Hintergrund, vor der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlages der irakischen Aggression, haben die USA geradezu hektische Aktivitäten entfaltet, um ihr Eingreifen vorzubereiten.

Der Alarmzustand für die Flotte vor dem Golf wurde verbunden mit dem Versuch, die „Verbündeten" dazu zu zwingen, eine internationale Kriegsflotte aufzustellen, um die Straße von Hormuz für die angloamerikanischen Ölmonopole zu sichern. **Australien und Japan erklärten sich dazu bereit!** Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher drohte den Westeuropäern, es seien ja sie, die 60 Prozent ihres Öls aus dieser Gegend bezögen, während es bei den USA lediglich 11 Prozent wären. Dieses Argument wird nun zum Beispiel in der westlichen Presse, der westdeutschen vor allem, breitgewalzt, um die Stimmung der Bevölkerung günstig zu gestalten.

auch bei der faschistischen Exilopposition der Schah-Leute: Die geschaßten und geflohenen Herren Generale stehen mit ihren Söldnern einsatzbereit in verschiedenen Golfländern. Bakhtiar reist nach Bagdad, und in Kairo hofft der Schah-Sprößling auf den Pfauenthron.

Aber die Tatsachen sind andere, als diese Verbrecher träumen. Der iranische Widerstand ist viel härter als erwartet.

Deshalb wird die Gefahr einer imperialistischen Intervention von seiten der USA oder auch getarnt als internationale Aktion oder mit vorgeschobenen Handlungen von US-Marionetten wie König Hussein aus Jordanien oder König Khalid aus Saudi-Arabien immer größer.



Die brennenden Raffinerien von Basra (Irak) — der Gegenschlag der iranischen Luftwaffe hat die Berechnungen der Imperialisten durcheinandergebracht.

Vor allem zwei Kalkulationen der Strategen aus Bagdad, Riad und Washington und ihrer Moskauer Waffenlieferanten waren falsch. Die iranische Armee, auf 40 Prozent ihrer Stärke der Schah-Zeit reduziert und des Großteils der „erfahrenen" faschistischen Offizieren entledigt, hielten sie für nicht kampffähig. Das zeigt sich jetzt als ganz falsch. Mit ihren 1 700 sowjetischen Panzern und 300 MIG-Kampflugzeugen meinten die irakischen Generalstäbler überlegen zu sein, da im Iran der Wirtschaftsboykott den militärischen Nachschub verhindert habe. Aber Luftwaffe und Panzer funktionieren noch.

Die zweite Kalkulation war die auf eine politische Spaltung im Iran. Die Aggressoren hofften darauf, daß reaktionäre Maßnahmen des iranischen Regimes zumindest Teile der Bevölkerung dazu bringen würden, sie als Befreier zu begrüßen. Diese Propaganda zielte zynischerweise auf Kurden und auf die Provinz Chusistan ab. Zynischerweise deshalb, weil im Irak selbst bis vor kurzem die Kurden massakriert wurden. Aber die Einwohner dieser Provinzen wissen, daß sich zusammen mit dem Irak die gestürzten Faschisten als Aggressoren gegen ihr Land betätigen, und sie wollen kein

Zur selben Zeit wird die amerikanische Flotte weiter verstärkt, werden AWACS-Spionageflugzeuge in Saudi-Arabien und Oman stationiert, werden die von britischen Offizieren befehligten Armeen von Oman und Kuweit in Alarmbereitschaft versetzt. Zur selben Zeit auch, man liest es in einigen Zeitungen unter kleineren Meldungen, hält sich der Chef der vereinigten Generalstäbe der USA, General David Jones, in Saudi-Arabien und Kuweit auf...

Die Militärbasen, die die USA rings um den Golf aufgebaut haben, werden aufgefüllt mit Soldaten, Agenten und Kriegsmaterial.

Währenddessen läuft der Waffenstrom aus der Sowjetunion, aus Italien und vor allem aus Frankreich ununterbrochen nach Bagdad. Die Gefährdung seiner Ölversorgung nahm das japanische Kabinett bereits zum Anlaß eines offenen Verfassungsbruchs: Angesichts dieser Lage brauche man wieder eine Hochseekriegsflotte.

Hektische Betriebsamkeit

Massendemonstrationen gegen Faschismus in Paris



Nach der ersten Welle von Attentaten faschistischer Mordbanden auf jüdische Einrichtungen in Frankreich demonstrierten in Paris letzte Woche 8 000 Menschen, die einem Aufruf der Gewerkschaften vom selben Tag folgten.

Das erneute Massaker der französischen braunen Mordbuben, dem in einer Synagoge drei Menschen zum Opfer fielen und bei dem rund 80 Menschen verletzt wurden, hat noch breitere Proteste der französischen Demokraten hervorgerufen.

Türkische Regierungserklärung

Kampf gegen die Freiheit

ANKARA. — Während aus der Türkei täglich neue Meldungen über Verhaftungen und Ermordungen eingehen, die allmählich dazu führen, daß die beschönigende westdeutsche Propaganda an Wirkung verliert, hat das Militärkabinett jetzt offen sein Programm verkündet.

Sieben Generäle bilden diese neue Regierung des Admirals Ulusu, elf der als Minister eingesetzten Zivilisten waren bereits Mitglieder der Regierungen, die aus den Militärputschen von 1960 und 1971 hervorgegangen waren. Zwei Unternehmer und ein Bankier runden das Bild ab. Mehrere konservative Professoren, die bereits für Demirel und Ecevit gearbeitet hatten, sowie ein sogenannter Gewerkschafter vervollständigen diese Regierung, die der Putschistenjunta verantwortlich ist.

Dementsprechend sind auch die Aussagen im Regierungsprogramm recht klar und eindeutig. In dieser Erklärung, in der mit keinem Wort mehr auf eine anfangs angekündigte kurze Übergangszeit eingegangen wird, wird als Hauptziel die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Beseitigung des Terrorismus genannt. Dafür sollen vor allem eine neue Notstandsgesetzgebung und eine völlige Umrüstung der Polizei dienen.

Die „unkontrollierten Freiheiten", so Ulusu in seiner von Evren abgesegneten Erklärung, seien schuld am „Zerfall" der Türkei, sie müßten beseitigt werden.

Die Wirtschaftspolitik Demirels soll, wie bereits vorher gesagt wurde, fortgesetzt werden. Ausdrücklich rief Ulusu In- und Ausländer zu verstärkten Investitionen in der Türkei auf und betonte den Vorrang der Schaffung einer nationalen Rüstungsindustrie. Die türkische Armee müsse auf einem Höchststand der Kampfbereitschaft stehen, betonte der Admiral mehrmals. Dabei unterstrich er ebenfalls ausdrücklich den Anspruch der Türkei auf das Ägäische Meer und die NATO-Treue der Junta und seiner Regierung.

Wie sie diese Politik durchzusetzen gedenken, wird immer deutlicher: Aus bereits drei der 67 Provinzen wurde jetzt gemeldet, daß jeweils über eintausend Verhaftungen stattgefunden hätten. Man kann, ohne in die Gefahr zu kommen, dabei zu übertreiben, hochrechnen, daß in Wirklichkeit bereits jetzt mehrere zehntausend Menschen in die Gefängnisse der faschistischen Militärs geworfen wurden.

Zum „Schutz der Versorgung"

Tokio beschließt Aufbau der Kriegsflotte

Japans Armee ist die achtgrößte der Welt

TOKIO. — Unter dem Deckmantel der Gefährdung der Sicherheit der Versorgung des Landes mit Rohstoffen gehen die Tokioter Militaristen daran, eine neue Kriegsflotte aufzubauen. Entgegen der Verfassung des Landes haben sie bereits in den letzten zehn Jahren ihre Armee wieder zur achtstärksten der Welt gemacht.

Die japanischen Importe belaufen sich jährlich auf rund 600 Millionen Tonnen Rohstoffe. Diese gewaltige Summe bedeutet ein Fünftel des gesamten Weltschiffstransportes. Seit 1973 haben die japanischen Monopolisten zunehmend versucht, sich insbesondere in der Erdölversorgung des Landes unabhängiger von den angloamerikanischen Multis zu machen. Deren Anteil an den japanischen Ölimporten ist seither denn auch von 70 auf 56 Prozent gesunken, während der direkt durch staatliche Vereinbarungen bezogene Teil von 15 auf 33 Prozent angestiegen ist. Dabei muß man wissen, daß Japan jährlich rund die doppelte Menge Öl importiert als die Bundesrepublik.

Der zunehmende Abzug der amerikanischen Indikflotte hin zum Persischen Golf schafft ein sogenanntes „Vakuum", das den Reaktionären Japans und der ASEAN-Staaten Kummer bereitet. Eine ASEAN-Konferenz hat dementsprechend auch bereits betont, daß die Mitgliedsstaaten keine Einwände mehr gegen eine erneute Aufrüstung der japanischen Marine hätten.

Bisher hatten die japanischen Militaristen sich darauf beschränkt, den Wiederaufbau ihrer Armee auf Heer und Luftwaffe zu beschränken, denn gerade die Kriegsmarine des Tenno hatte in der Vergangenheit unter den Völkern Asiens gewütet und Schrecken verbreitet. Jetzt wird betont, daß man mit einer eigenen Rohstoffversorgung auch einen eigenen Beitrag zur Sicherung brauche, und es wurde ein Programm zum Ausbau der Marine beschlossen. Die bisherige Marine hatte den Charakter einer Küstenschutzflotte. Die erste Stufe des neuen Programms soll den Indischen Ozean abdecken, und man weiß, daß die japanische Admiralität seit langem um ihre Rehabilitierung kämpft.

Die japanischen Werften, die größten der Welt, stellen in verschiedenen Sektoren des Großschiffbaus bis zu 80 Prozent der Weltproduktion. Die japanischen Elektronikkonzerne, Hauptausstatter einer Kriegsmarine in der heutigen Zeit, gehören ebenfalls zu den stärksten Monopolen der Welt: Alles in allem dürfte es den japanischen Zaibatsus, jener blutrünstigen, faschistischen Monopolclique, die Asien schon einmal in ein Blutbad stürzte, nicht schwerfallen, sich sehr schnell mit einer neuen Hochseekriegsflotte zu versehen.

Die japanische Indikflotte, deren Schaffung nun auf der Tagesordnung steht, wird aber nicht nur für die amerikanischen Imperialisten begrüßenswert sein, die entlastet werden und ihre Kräfte auf die Ölregion am Golf konzentrieren können.

Denn von ihnen geht entschiedene Zustimmung zu dieser Maßnahme aus, haben sie doch auch Japan bereits aufgefordert, sich an einer internationalen Golfflotte zu beteiligen. Eine japanische Flotte kann sich heutzutage auch gar nicht gegen die USA richten, die ja nicht nur die 56 Prozent des japanischen Öls kontrollieren, das von den Multis geliefert wird, sondern auch der zwischenstaatliche Handel etwa mit Kuwait wird von den USA kontrolliert. Die Parole Tokios, die eigene Versorgung gelte es auch selbst zu schützen, ist demnach reine Demagogie.

Unterstützt wird diese geplante Flotte auch von den Pekinger Reaktionären, die die japanischen Beschlüsse jubelnd begrüßten, als Maßnahme zur Sicherheit im Indischen Ozean. Ob allerdings das chinesische Volk, das unter Tengs Freunden am Tokio sein Blut vergoß, ebenso erfreut ist, ist noch eine andere Frage. Für alle Völker Asiens allerdings ist der Aufbau einer japanischen Hochseekriegsflotte ein besorgniserregender Schritt, der zeigt, daß auch dort die Gefahr eines Krieges wächst.

Die Terrorstrategie der Faschisten ist international

Killer für das Kapital

In allen Ländern gibt es die Verbindung von staatstragenden Dunkelmännern und bombenwerfenden Banditen

Das Attentat von München, dieses scheußliche faschistische Verbrechen, hat schlaglichtartig aufgehellt, daß auch in der Bundesrepublik die schwarz-braunen Netze der äußersten Reaktion jene Strategie verfolgen, die in Italien als „Strategie der Spannungen" bekannt wurde. Daß dies international eine übliche Vorgehensweise des Großkapitals ist, beweisen verschiedene Ereignisse aus europäischen Ländern, von denen wir hier einige zum Vergleich darstellen wollen.

Ein seltsamer Prozeß

Im Februar dieses Jahres wurde im Madrider Gerichtsgebäude Las Salesas ein Fall verhandelt, der in seinem Ablauf als Muster vieler solcher Prozesse in Europa dienen kann, vor allem in den früher faschistischen Staaten. Die „Atochamörder" standen vor Gericht.

Drei Jahre zuvor waren bewaffnete Faschisten in eine Anwaltskanzlei in der Atochastr. eingedrungen, die dafür bekannt war, daß sie für gewerkschaftliche Organisationen Prosesse führte. Sie stellten vier Anwälte und einen Angestellten an die Wand und erschossen sie einen nach dem anderen. Als die Zeugin Gonzalez —, die selbst einen Genickschuß bekommen hatte und glücklicherweise überlebte, während ihr Mann ermordet wurde —, vor Gericht aussagte, kommen von der Anklagebank Schmähungen und zynische Kommentare. Derweil demonstrieren vor dem Gerichtsgebäude und im Hause selbst Mitglieder der Fuerza Nueva, der faschistischen Partei des Abgeordneten Blas Pinar für die Freilassung der Angeklagten. Dabei kommt es in aller Offenheit zu Verbrüderungszenen mit der Polizei. Einer der Mörder erhält von dem Richter, der vorher bei Francos Sondergerichten tätig war, Urlaub auf Ehrenwort und flüchtet nach Frankreich — der Richter „vergißt" andere Instanzen zu benachrichtigen. Der Flüchtige war im übrigen der Sohn der Sekretärin von Blas Pinar, dem Führer der Fuerza Nueva...

Die Kopfjäger kennen sich aus

In dem Atocha-Prozeß gaben die Angeklagten offen zu erkennen, ihr Ziel sei es, die nötige Unruhe zu schaffen, damit ein neuer Franco sein Wirken beginnen könne.

Gegenstück zum Mordterror der Fuerza-Nueva-Banden ist die GRAPO, in der Presse als „linke" Terrororganisation dargestellt. Im Januar 1977 entführten sie den Staatsratsvorsitzenden Oriol und den Generalleutnant Villaescusa — jede Suche bleibt wochenlang erfolglos. Die Stimmung im Lande wird durch eine gewaltige Pressekampagne angeheizt.

Da entschließt sich die Regierung Suarez, einen Fachmann mit der Verfolgung der GRAPO zu beauftragen. Polizeikommissar Conesa, einst Kommandant von Francos politischer Polizei, wird reaktiviert. Innerhalb von drei Tagen hat er die Entführer, nach einigen weiteren Tagen die Entführten. Diese Aktion war zu spektakulär gewesen, zu hastig, um nicht selbst in der bürgerlichen Presse den Verdacht zu erzeugen, Conesa sei bereits im Besitz allen nötigen Wissens gewesen, als er beauftragt wurde. Als im April 1979 die Polizei den GRAPO-Führer de Codes festnehmen will, erscheinen plötzlich Conesas Leute auf dem Schauplatz und erschießen de Codes. Bei dem folgenden Prozeß weigern sich sowohl Conesa als auch sein Stellvertreter Gonzalez, vor Gericht zu erscheinen — das Gericht geht zur Tagesordnung über.

In Spanien, wo der Übergang vom Franco-Faschismus zur angeblichen Demokratie von den Repräsentanten des Franco-Regimes selbst durchgeführt wurde, ist die Kontinuität der faschistischen Kader in Polizei, Armee, Geheimdienst und Justiz besonders deutlich. Francos Instrumente wurden — bestenfalls — umbenannt, aber mit denselben Leuten besetzt wie vorher. Politischer Sammelpunkt dieser Kräfte ist einerseits die UCD des Regierungschefs Suarez, andererseits die Fuerza Nueva des Blas Pinar.

Zwischen diesen Parteien und den Staatsorganen wie Polizei, Geheimdienst und Justiz und erst recht zur faschistischen Generalität gibt es zahllose Querverbindungen.

Die Legende vom Operettenputsch

Der Conte Borghese, so wußte Europas gesammelte Presseprominenz vor einigen Jahren zu berichten, sei lediglich ein hoffnungsloser Spinner, ansonsten aber ungefährlich. Heute, da er tot ist, mag dieses stimmen, aber im Dezember 1970 stimmte es sicher nicht. Am 12. Dezember des Jahres 1969, ein Jahr zuvor, war die erste faschistische Bombe in der Landwirtschaftsbank Mailands hochgegangen — 16 Tote, 90 Schwerverletzte. Wenig vorher hatte der neue Chef der faschistischen Partei MSI, Giorgio Almirante, die Strategie der Spannungen verkündet, derselbe Almirante, der nicht nur ein Freund Borgheses und des CSU-Habsburg ist, sondern auch Kampfgefährte Pino Rautis, des Gründers von Ordine Nuovo im Jahre 1955. Diese Ordine Nuovo ging fließend über in die heute berüchtigte Ordine Nero und deren Unterorganisationen wie die NAR, die die Bombe von Bologna legten. Borghese hatte 30 italienische Großindustrielle von der Notwendigkeit eines Militärputsches überzeugt, und sieben Generale des italienischen Generalstabes beteiligten sich an der Verschwörung. Beteiligt auch: Almirante, Rauti, der damals bereits wieder MSI-Mitglied war, und der Chef des Geheimdienstes SID, General Micelli, heute MSI-Abgeordneter. Mit von der Partie war auch Admiral Birindelli, der Kommandeur der NATO-Flotten im Mittelmeer, die dann nach dem Scheitern des Putsches in Ehren verabschiedet wurde.

Erst nach sechs Jahren Terror, darunter die Bomben im Italicus-Fernschnellzug und auf der Gewerkschaftskundgebung in Brescia, kam es im Mai 1976 zum ersten Prozeß gegen faschistische Terroristen: 41 Mitglieder der drei Jahre zuvor ohne Folgen verbotenen Ordine Nuovo standen vor Gericht, 32 wurden freigesprochen.

Die Abgründe, die sich in den italienischen faschistischen Kreisen auftun, werden auch dadurch belegt, daß zu den Terroropfern der letzten Jahre gerade jene drei Richter gehörten, die die Mehrheit der faschistischen Fälle verhandelten. Im Januar 1979 wurde dabei der Richter Allesandrini, der als „scharf" gegen Neofaschisten galt, von den sogenannten Roten Brigaden erschossen.

Bis zum Jahre 1976 wurden die Faschisten in Italien, nicht nur der Putschist Borghese, sondern auch die Ordine-Killer als Spinner abgetan: zu diesem Zeitpunkt hatten sie bereits Dutzende von Menschen ermordet und Hunderte verletzt.

Kontinentales Strickmuster

Was in bezug auf Spanien und Italien gezeigt wurde, kann man auch für andere europäische Staaten nachvollziehen. Ob es die Portugiesische Befreiungsarmee ist, die vor den Wahlen 1976 eine „Kampagne des Volkszorns" mit Bomben und Gewehren organisierte, und die Beziehungen zur Geheimpolizei PIDE und zur — heute mitregierenden — CDS hat, mit Spinola als Aushängeschild und der Kirche im Norden des Landes als Förderer, oder ob es die türkischen Grauen Wölfe sind.

Die Verbindungen einer legalen faschistischen Partei zum rechten Flügel konservativer Parteien einerseits und zahllosen terroristischen Gruppierungen andererseits, die Vertrauensmänner in Geheimdienst und Polizei sowie die passende richterliche Nichtbehandlung — das ist ein Strickmuster, das man ja auch aus der Bundesrepublik kennt.

Ähnlich ist auch überall ihr Vorgehen. Ein Klima der Angst zu schaffen, durch Mord, durch Massenmord, durch völlig ungezielt geworfene Bomben in möglichst große Menschenmengen, um möglichst viele Opfer zu finden.



Massendemonstrationen der Turiner FIAT-Arbeiter: Fast eine Million Menschen beteiligten sich an den Aktionen der letzten Wochen.

Gegen Agnellis Entlassungsprogramm

Tägliche Massendemonstrationen in Turin

TURIN.— Der Plan der Agnelli-Gruppe, ihrem Flaggschiff, den FIAT-Autowerken, eine Radikalkur zu verpassen, ruft den breitesten Massenwiderstand hervor, den Italien seit zehn Jahren erlebt hat.

Die italienische Automobilindustrie ist von der weltweiten Überproduktionskrise voll erfaßt. Ihre Lager werden immer voller, während ihr Anteil an den Weltmärkten immer weiter sinkt. Weltweit produzierte die italienische Industrie im Jahre 1970 6,9 Prozent aller verkauften Autos, 1979 war diese Rate auf 5,2 Prozent gesunken. Im europäischen Raum sank der italienische Marktanteil im selben Zeitraum von 18,5 auf 15,7 Prozent und wird für 1980 wohl um einen weiteren Prozentpunkt sinken, trotz dem allgemeinen Rückgang der Verkaufszahlen.

Ganz ähnlich wie die zweiten großen Verlierer im Autokonkurrenzkampf der europäischen Monopole, die britischen Kapitalisten, hat jetzt auch der größte Monopolist in Italien, eben Agnelli, den wahren Schuldigen gefunden: die Arbeiter natürlich. Die Lohnquote in Italien sei überdurchschnittlich gestiegen, die Produktivität dagegen im Vergleich zur Konkurrenz gesunken. Beide Argumente zielen darauf, die Erfolge, die die italienische Arbeiterbewegung seit zehn Jahren im wirtschaftlichen Kampf gegen die Ausbeuter erzielt hat, zu revidieren.

Deshalb wurde aus den Auseinandersetzungen bei Fiat noch mehr als in der Vergangenheit eine politische Auseinandersetzung. In einer sehr scharfen und im Ton so aggressiv wie noch nie gehaltenen Erklärung hat sich der Vorsitzende des italienischen Kapitalistenverbandes „Confindustria", Merloni, an die Seite der Agnellis gestellt.

Nur vordergründig geht es bei dem Inhalt der Auseinandersetzungen um Änderungskündigungen, die annonciert wurden. Allen ist klar, daß dies Entlassungen werden.

Wie in anderen Ländern der westlichen kapitalistischen Staaten auch, ist in Italien die Automobilindustrie nicht nur eine der ersten Branchen, die von der Krise erfaßt werden, sondern auch eine sehr hochgradig monopolisierte Industrie, wo zunächst einmal Fiat dominiert. Der Weg der Agnelli-Gruppe, um bessere Startpositionen im Kampf gegen japanische und westdeutsche Konkurrenz zu finden, ist deshalb die internationale Zusammenarbeit. Als Partner dazu hat sich die stärkste europäische Autogruppe, der französische Peugeotclan, bereits mit einigen Abkommen profiliert. Aber diesem Partner sind die Positionen der italienischen Arbeiter zu stark, deshalb will er erst die Gewerkschaftsbewegung gebremst sehen.

Zweiter Punkt des Agnelli-Programms sind staatliche Hilfen, die die Regierung Cossiga nicht geben wollte — deshalb ihr plötzlicher Sturz. Nach Cossigas Rücktritt und dem bereits zwei Wochen dauernden Turiner Generalstreik hat Agnelli die für 7. Oktober angekündigte Entlassungswelle erst einmal zurückgenommen.

Der für den 2. Oktober von allen Gewerkschaften vorbereitete landesweite Generalstreik wurde daraufhin ebenfalls zunächst ausgesetzt.

Die Streikbewegung der Autoarbeiter ist dabei durch die organisierte Arbeit gewerkschaftlicher Opposition zustandegekommen, die die Widersprüche zwischen den Lama-Leuten in der CGIL-Führung und der Turiner Gewerkschaftszentrale voll ausnutzten.

Italien schaut, einmal mehr, auf Turin. Dort wollen die Monopole ihr Krisenprogramm starten. Dort wollen die Gewerkschaften diesen Versuch zurückschlagen.

Meldungen

RGW-Staaten

AKW-Programm erhöht

WIEN. — Bei der Tagung der Internationalen Energieagentur in Wien gaben verschiedene Delegierte aus RGW-Staaten eine Erhöhung der jeweiligen AKW-Programme bekannt.

Die UdSSR plant in den nächsten 20 Jahren eine jährliche Erhöhung der Kernenergieleistung um 10000 Megawatt, bei einzelnen Kraftwerksstärken von 4000 bis 6000 MW. Das bedeutet jährlich zwei neue AKWs in den nächsten 20 Jahren. Die Tschechoslowakei wird in den nächsten neun Jahren zwölf neue Atomkraftwerke in Betrieb nehmen und sieben weitere für den Export herstellen. Bulgarien, das bereits im letzten Jahr 18 Prozent seines Stroms aus AKWs bezog, will diesen Anteil zum Ende des Jahrzehnts auf 45 Prozent erhöhen. In Rumänien, das eine große eigene Kohlebasis hat, sollen bis 1990 sechs Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden, mit eine Leistung von 4000 Megawatt. Diese AKWs wurden mit kanadischer Hilfe projektiert und jetzt auch aufgebaut. Auch Polen und Ungarn haben mit dem Bau der ersten AKWs begonnen.

Diese Zahlen und Pläne stellen für alle diese Staaten eine, zum Teil beträchtliche, Erhöhung bisheriger Pläne dar. Gerade die Inanspruchnahme westlicher Technik beim Aufbau von AKWs in mehreren Staaten widerlegt die demagogische Behauptung der Revisionisten, ihre AKWs seien, im Gegensatz zu denen der USA und Westeuropas, betriebssicher.

Schweiz

Neue Jugenddemonstrationen

LAUSANNE. — Auch im französischsprachigen Teil der Schweiz gab es jetzt die ersten Jugenddemonstrationen, die unter der Losung „Solidarität mit Zürich" durchgeführt wurden.

Wie in Zürich ging es auch bei dieser Aktion um ein eigenes Jugendzentrum, eine Bewegung, die sich in der Schweiz zunehmend verbreitet.

Eine Kundgebung eines „Komitees für Recht und Ordnung", das sich gegen die Kämpfe der Jugendlichen wandte, mußte in Zürich aufgelöst werden.

Frankreich

Faschistische Attentate

PARIS. — Eine Welle von faschistischen Attentaten hat in den letzten Wochen Frankreich, vor allem Paris, erschüttert.

Diese Attentate, hinter denen die vor kurzem verbotene faschistische Terrorgruppe FANE steht, richteten sich gegen jüdische gesellschaftliche und soziale Einrichtungen. Dabei wurden auch in mehreren Schulen Bomben gelegt, andere Einrichtungen, so zum Beispiel eine Synagoge mit Maschinengewehren beschossen. Nach dem Verbot der FANE, das am 3. September aufgrund des Drucks der antifaschistischen Öffentlichkeit erfolgt war, haben sich deren Mitglieder in der Tarnorganisation FNE organisiert. Sechs von diesen FNE-Mitgliedern wurden an den Tatorten von Zeugen gesehen.

Hoffmann und die PLO

Sie versuchen es immer wieder. Wenn in diesem Land die braunen Terroristen zuschlagen, machen sich reaktionäre Politiker ebenso wie eine gleichgeschaltete Journaille daran, falsche Spuren zu legen. Strauß schießt dabei mit seinen Andeutungen über den angeblich DDR-gesteuerten faschistischen Terror natürlich den Vogel ab.

Sein Innenminister Tandler ließ derweil verbreiten, es gäbe „Erkenntnisse", nach denen die Hoffmann-Bande über ausgezeichnete Beziehungen zur palästinensischen Befreiungsbewegung PLO verfügen würde. Und ein großer Teil der Presse servierte diese „Erkenntnisse" kommentarlos ihren Lesern.

Dabei hätten die Herren Redakteure allen Grund zur Vorsicht gehabt. Ist es doch erst einige Wochen her, daß eine ähnliche „Enthüllung" auch durch die Spalten sogenannter seriöser Presseorgane geisterte. Der berüchtigte und steckbrieflich gesuchte Faschist Roeder sollte nach diesen Meldungen an den Hof des Ayatollah Khomeiny geflohen sein, der ihm auch prompt politisches Asyl gewährt hätte. Von empörten Dementis der iranischen Regierung ließ man sich nicht in der Verbreitung dieser Meldung stören. Peinlich für die Lügenfabrikanten war dann allerdings die Tatsache, daß selbiger Roeder wenige Tage später aufgespürt wurde — nicht im Iran, sondern in der Bundesrepublik, wo er eine Reihe von terroristischen Bombenanschlägen organisiert hatte.



Bandenchef
Karl-Heinz Hoffmann

Und genauso ist es jetzt bei Hoffmann. Unmittelbar vor dem Münchner Massaker hatte der PLO-Führer Abu Iyad ein Interview über die Tätigkeit deutscher Faschisten im Libanon gegeben (darüber berichtete die bürgerliche Presse allerdings mit keinem Wort). Abu Iyad machte detaillierte Angaben über die enge Zusammenarbeit zwischen diesen faschistischen Banden und den „christlichen" Milizen im Südlibanon, die von Israel ausgehalten und von reaktionären Kreisen auch in der Bundesrepublik unterstützt werden. Diese Zusammenarbeit drückt sich nicht nur im Waffenhandel aus, faschistische Elemente aus der Bundesrepublik haben nach Angaben Abu Iyads auch an Trainingslagern der proisraelischen Milizen teilgenommen. In seinem Interview nannte der PLO-Führer auch den Namen eines Mannes, der sich nachweislich in einem solchen Lager aufgehalten hatte — Karl-Heinz Hoffmann. Diese Tatsache ist im Juni übrigens auch durch einen Bericht des „Sterns" bestätigt worden.

Tandler mußte jetzt zugeben, daß sein Ministerium von einer Reise Hoffmanns in den Libanon Kenntnis hatte. Aber er versucht es eben wieder einmal, durch bewußtes Verfälschen der Tatsachen, auch daraus noch Kapital für seine reaktionäre Propaganda zu schlagen. Wenn es schon nicht gelingt, das Blutbad vom Oktoberfest den Linken in die Schuhe zu schieben, dann will man wenigstens eine antiimperialistische Befreiungsbewegung in Verruf bringen.



Journalist Junck wird von Polizisten angegriffen.

„Presse kriegt eins in die Fresse"

BREMEN. — Nach der Anti-Strauß-Demonstration in Bremen erhoben Journalisten schwere Vorwürfe gegen die Polizei: Sie seien in ihrer Arbeit massiv behindert und zum Teil sogar von Polizisten mißhandelt worden.

Ähnliche Vorwürfe konnte man in der letzten Zeit immer wieder hören, so etwa nach der gewaltsamen Räumungsaktion von Polizei und Grenzschutz an der Bohrstelle in Gorleben oder nach Demonstrationen in Hamburg. Immer offener geht die Polizei hierzulande nicht nur dazu über, Aktionen der Werktätigen mit brutaler Gewalt zu zerschlagen, sondern auch gleich unliebsame Zeugen auszuschalten.

So war es auch in Bremen. Presseausweise wurden von der Polizei nicht anerkannt, Fotografen wurden die Kameras weggerissen, und auf Beschwerden der Journalisten hieß es dann: „Presse kriegt eins in die Fresse". Der „Morgenpost"-Redakteur Volker Junck wurde von seinem Rad geprügelt und gegen eine Mauer geschleudert. Zynischer Kommentar eines grinsenden Schlägers: „Wer nicht Rad fahren kann, soll es halt bleiben lassen."

Katholische Kritik am Papst-Besuch

ESSEN. — Die katholische Theologin Uta Ranke-Heinemann hat in der vergangenen Woche scharfe Kritik an den Umständen des bevorstehenden Papst-Besuches in der Bundesrepublik geübt.

Sie fragte, „ob hier nicht für die Pilgerreise eines einzelnen eine Summe investiert wird, die anderswo besser angebracht wäre." Wie Frau Ranke-Heinemann in diesem Zusammenhang mitteilte, verschlingt der Besuch von Wojtyla in unserem Land die ungeheure Summe von 20 Millionen Mark.

Weiter kritisierte Uta Ranke-Heinemann, daß der Papst ausgerechnet den 700. Todestag des von der katholischen Kirche für heilig erklärten Albertus Magnus zum Anlaß seiner Reise nach Köln nehme. Albertus war einer der ideologischen Wegbereiter der Diffamierung von Frauen. Er hat die Frauen unter anderem als „Mißerfolge der Natur" und „mißglückte Männer von geringerer Vernunft" bezeichnet.

Sinnigerweise ist dieser Albertus Magnus von dem Mussolini-Freund Pacelli (Papst Pius XII) 1941 zum Schutzpatron der Naturwissenschaften ernannt worden.



Der Anschlag von München

„Bild"-Fotograf voll geständig

Sechs Mitarbeiter der örtlichen „Bild"-Redaktion stehen gegenwärtig in Frankfurt vor Gericht. Schwerer Einbruchdiebstahl und Hehlerei wird ihnen vorgeworfen. Einer der Angeklagten, der Fotograf Peter K., hat in der vergangenen Woche bei dem Prozeß ein Geständnis abgelegt.

Am 2. Januar 1979 bekamen K. und ein Kollege den Auftrag, der dann zum Einbruchdiebstahl führte. Es ging um Recherchen über einen jungen Mann, der später von der „Bild"-Zeitung zum „Vampir von Sachsenhausen" gemacht und wochenlang mit den übelsten Anschuldigungen überhäuft wurde, an denen nicht ein Körnchen Wahrheit war. Aber nicht dieser für die „Bild"-Zeitung typische maßlose Terror gegen einen unschuldigen Menschen ist Gegenstand des Frankfurter Prozesses, sondern die Methode, mit der sich die Redaktion Bilder des jungen Mannes beschafft hat.

Und das hat sich nach den Aussagen von K. so abgespielt: Ihm und seinem Kollegen wurde gesagt: „Ihr fahrt jetzt in die Schifferstraße und holt alles bei, was Ihr kriegen könnt." Dieser Auftrag wurde prompt ausgeführt. Die beiden „Bild"-Leute brachen die verschlossene Wohnung des jungen Mannes auf, durchwühlten zwei Stapel mit Fotos, die sie dort fanden und nahmen schließlich sechs Bilder mit. Die Redaktionsbosse waren über diese ebenso erfolgreiche wie kriminelle Bildbeschaffung hellauf begeistert. „Okay, prima so", kommentierte etwa der leitende Redakteur Peter V. nach der Aussage von K. die Aktion. Auch der Redaktionsleiter Lothar Sch. habe von der kriminellen Bildbeschaffung gewußt. Er habe sich sogar darüber besorgt gezeigt, daß die beiden Einbrecher nach getaner Tat die Tür der Wohnung nicht wieder richtig geschlossen hatten. „Die Tür wieder dichtmachen, aber keine weiteren Aktivitäten unternehmen", war sein Befehl.

Dieser Versuch, die Spuren des Einbruchs zu beseitigen, scheiterte jedoch. Die Polizei kam den beiden auf die Schliche und holte K.s Kollegen zur Vernehmung ab. Daraufhin sei, so der Fotograf vor Gericht, in der Redaktion erhebliche Unruhe ausgebrochen und man habe ihm sogar den Rat gegeben: „Abhauen!" K. entzog sich jedoch nicht dem Polizeiverhör, und er legte auch vor den ermittelnden Beamten ein Geständnis ab. Das Ergebnis war eine polizeiliche Durchsuchung der Frankfurter Redaktionsräume von „Bild", die der Springer-Konzern in maßloser Dreistigkeit als Anschlag gegen die Pressefreiheit bezeichnete.

Bezeichnend für die Praktiken des Lügenkonzerns ist denn auch der weitere Ablauf der Geschehnisse. K. und andere an dem Einbruch beteiligte „Bild"-Leute wurden in die Hamburger Springer-Zentrale zitiert. Und da wurde offen darüber beraten, wie der Einbruch doch noch zu verschleiern wäre. Als man in dieser Hinsicht zu keinem Ergebnis kam, wurde eine andere Taktik eingeschlagen. Peter K. mußte gemeinsam mit Renate Damm, der Leiterin der Rechtsabteilung des Konzerns, ein Protokoll über die kriminelle Aktion aufsetzen. Dabei kam dem Fotografen — wie K. jetzt vor Gericht sagte — vieles „sehr spanisch" vor. Denn überall, wo er in bezug auf das gemeinsame Handeln mit seinen Kollegen von „wir" gesprochen hatte, setzte Frau Damm „ich" ein. Kein Zweifel: Der Fotograf sollte zum „Alleintäter" und Sündenbock gemacht werden. K. kündigte nach dem Rückflug aus Hamburg sein Arbeitsverhältnis bei „Bild", wofür er sich von Renate Damm telephonisch als „mieser Kerl" beschimpfen lassen mußte.

Vor Gericht blieben die Frankfurter „Bild"-Leute bei der in Hamburg festgelegten Taktik. Sie haben angeblich von allem nichts gewußt. Redaktionsleiter Lothar Sch. behauptete sogar, er habe ausdrückliche Weisung gegeben, die gestohlenen Fotos nicht zu veröffentlichen. Tatsache ist aber, daß in zumindest vier Fällen in der „Bild"-Zeitung Fotos des „Vampirs" prangten, die eindeutig aus dem Diebstahl in der Schifferstraße stammten.

Der irritierte Kampfstier

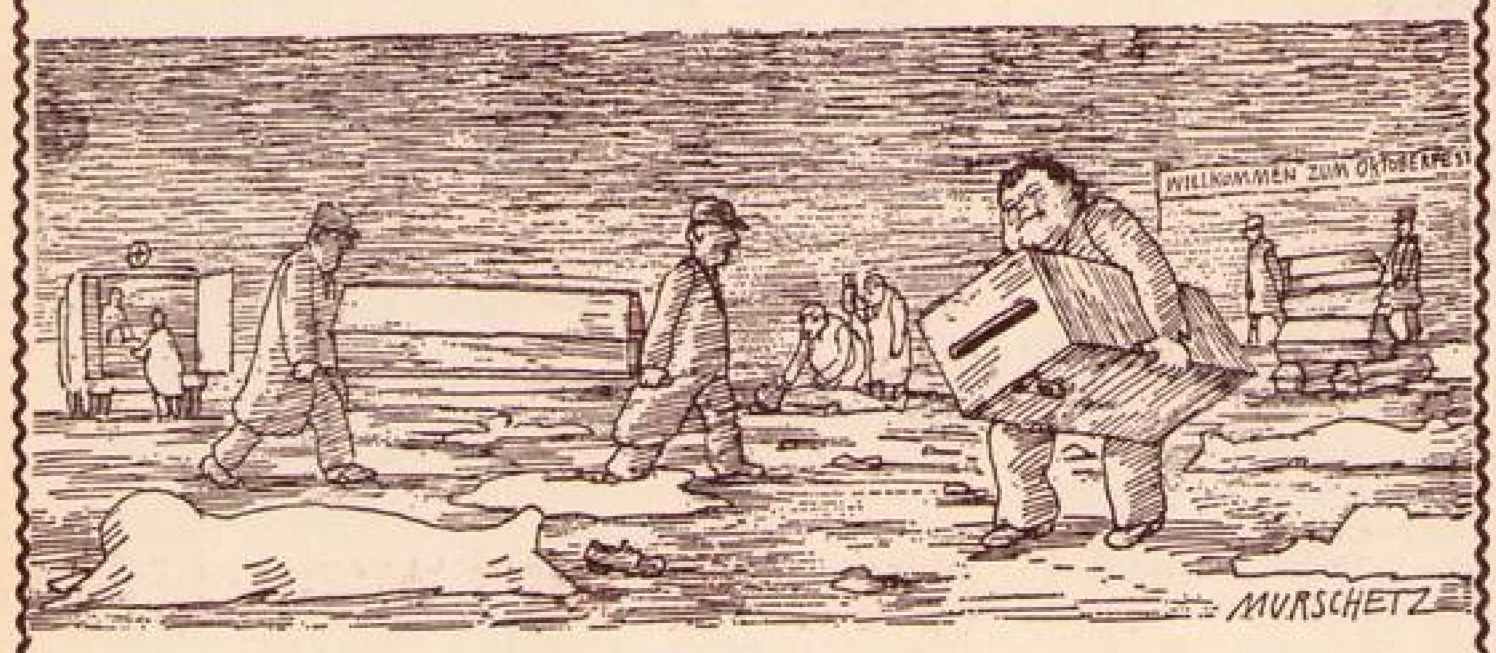
Aus einer in weinerlichem Ton gehaltenen Huldigung des rechtsradikalen Publizisten Matthias Walden an Franz Josef Strauß, das erbarmungswürdige Opfer einer gnadenlosen Treibjagd. Veröffentlicht in der Springer-Illustrierten „Hör zu":

„In der veröffentlichten Meinung aller Medien ist dieser Mann geteert und gefedert worden. Man hat ihn Spießruten laufen lassen. Gegner, die zu seinen Feinden wurden, haben ihn in Toreropose wie einen Kampfstier mit roten Tüchern gereizt, ihm Banderillas in den Nacken gestoßen und triumphiert, wenn er blutete. Das hat ihn irritiert, aber nicht gebrochen."

NACH DEM ANSCHLAG

Nach dem Anschlag der Neofaschisten
sprach der Ministerpräsident *staccato*,
sein Innenminister ergriff das Wort,
und schließlich auf der Trauerfeier
wandte sich der Oberbürgermeister
nochmals gegen die
Gewalt von links,
und zwar auch er mit solchem Nachdruck,
solcher Entschlossenheit, als wäre seine Rede
schon vor der furchtbaren Explosion verfaßt worden
und er wüßte nur noch nicht,
daß eine Panne passiert war,
daß der Täter nicht mehr hatte entkommen können,
daß die Bombe, vorzeitig zündend,
auch das Ausweispapier durch die Luft gesprengt hatte,
auf den Asphalt hin, zwischen die Sterbenden,
wo es dann lag.

Karikatur der Woche



Wahlkämpfer auf der Walstatt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848406.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432368, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.